

Niederschrift über die gemeinsame Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses, des Migrationsausschusses und des Schulausschusses am
24.08.2009, 14:00 Uhr, im Hodlersaal des Rathauses, Trammplatz

Ende: 16:35 Uhr

Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

A	<u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>		
	Ratsfrau Schlienkamp als Vorsitzende	-	SPD-Fraktion
	Herr Albrecht	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	(Herr Bode)	-	Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
	Frau Böhme	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
	Herr Bosse	-	Caritasverband Hannover e. V.
	Ratsfrau de Buhr	-	SPD-Fraktion
	(Ratsfrau Handke)	-	CDU-Fraktion
	Ratsfrau Hindersmann	-	SPD-Fraktion
	(Ratsfrau Jakob)	-	CDU-Fraktion
	Ratsherr Paulun	-	CDU-Fraktion
	Bezirksratsherr Pohl	-	CDU-Fraktion
	Ratsherr Politze	-	SPD-Fraktion
	(Ratsherr Sommerkamp)	-	CDU-Fraktion
	(Ratsfrau Tack)	-	SPD-Fraktion
	(Herr Teuber)	-	Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
	(Ratsherr Dr. Tilsen)	-	FDP-Fraktion
	Ratsfrau Wagemann	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Herr Werkmeister ab 16:10 Uhr	-	DRK Region Hannover e. V.
	Herr Witt	-	Stadtjugendring Hannover e. V.
B	<u>Grundmandat</u>		
	(Ratsherr Höntsch)	-	Linksbündnis
	Ratsherr List	-	Hannoversche Linke
C	<u>Beratende Mitglieder</u>		
	Frau Broßat-Warschun	-	Leiterin des Fachbereichs Jugend und Familie
	Frau Dalluhn	-	Vertreterin der Kinderladeninitiative Hannover e. V.
	Frau David	-	Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch von Mädchen (Violetta)
	Frau Feise	-	Vertreterin der Freien Humanisten
	Frau Hartleben-Baildon	-	Sozialarbeiterin
	Herr Honisch	-	Stadtjugendpfleger
	Frau Klyk	-	Vertreterin der Vertreterversammlung der Eltern und Mitarbeiter hannoverscher Kindertagesstätten und Kinderläden
	(Frau Kumkar)	-	Lehrerin
	Herr Nolte	-	Vormundschaftsrichter
	Herr Pappert	-	Vertreter der ev. Kirche

	(Herr Poss)	-	Vertreter der Jüdischen Gemeinde
	Herr Richter	-	Vertreter der katholischen Kirche
	(Frau Dr. Sekler)	-	Vertreterin der Interessen ausl. Kinder u. Jugendliche

Mitglieder des Migrationsausschusses

A	<u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>		
	Bürgermeister Strauch als Vorsitzender	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Busse	-	CDU-Fraktion
	(Ratsherr Degenhardt)	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Fischer	-	SPD-Fraktion
	(Ratsfrau Handke)	-	CDU-Fraktion
	Ratsherr Kirci	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Kramarek	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	(Bürgermeisterin Lange)	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Ratsherr Meyburg	-	FDP-Fraktion
	Ratsfrau Schlienkamp	-	SPD-Fraktion
	(Ratsherr Scholz)	-	CDU-Fraktion
B	<u>Grundmandat</u>		
	(Ratsherr Förste)	-	Linksbündnis
	Ratsherr List	-	Hannoversche Linke
C	<u>Beratende Mitglieder</u>		
	(Herr Bankole)		
	(Herr Elal)		
	(Frau Guaqueta-Korzonnek)		
	(Frau Heine)		
	(Frau Konopinska)		
	(Herr Onay)		
	(Herr Pollice)		
	Herr Sangaré		
	(Frau Sediq)		
	(Frau Dr. Sekler)	-	Vertreterin der Interessen ausl. Kinder u. Jugendliche
	(Herr Vossoughi)		

Mitglieder des Schulausschusses

A	<u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>		
	(Ratsherr Degenhardt als Vorsitzender)	-	SPD-Fraktion
	Ratsherr Bindert	-	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Ratsherr Blickwede	-	SPD-Fraktion
	(Frau Braunholz)	-	Vertreterin der Schülerinnen und Schüler
	Ratsfrau de Buhr	-	SPD-Fraktion
	Frau Eichholz	-	Vertreterin der Eltern
	(Frau Frauendorf-Gieske)	-	Vertreterin der Lehrerinnen und Lehrer
	Beigeordneter Klie	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Kramarek	-	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Herr Lochte	-	Vertreter der Eltern
	Ratsherr Meyburg	-	FDP-Fraktion

	Herr Mokhtari	-	Vertreterin der Schülerinnen und Schüler
	Ratsfrau Nerenberg	-	SPD-Fraktion
	Ratsfrau Neubauer	-	CDU-Fraktion
	(Herr Post)	-	Vertreter der Lehrerinnen und Lehrer
	(Ratsfrau Seitz)	-	CDU-Fraktion
B	<u>Grundmandat</u>		
	Ratsherr Böning	-	Wir für Hannover (WfH)
	(Ratsherr Höntsch)	-	Linksbündnis
	(Ratsherr Nikoleit)	-	Hannoversche Linke

Presse

Frau Hilbig - Hannoversche Allgemeine Zeitung
Herr Krasselt - Neue Presse

Gäste

Frau Latzke - Verein für interkulturelle Arbeit in Linden e. V.
Herr Prof. Dr. Pfeiffer - Kriminologisches Forschungsinstitut
Niedersachsen e. V. (KFN)
Her Prof. Dr. Pohl - Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Leibniz
Universität Hannover
Herr Prof. Dr. Scherr - PH Freiburg, Institut für Sozialwissenschaften, Abt.
Soziologie; Expertengruppe "Offene Jugendarbeit"
Frau Taut - Polizeidirektion Hannover, Dezernat 11,
Aufgabenschwerpunkt "Jugenddelinquenz und
-gefährdung"
Herr Weihrauch - Sozialistische Jugend Deutschlands - die Falken

Verwaltung

Herr Berger - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Frau Brehmer - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich Kommunalen Sozialdienst
Herr Cordes - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
Frau Deters - ÖPR 51
Herr Dienst - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich Zentrale Fachbereichsangelegenheiten
Frau Ebel - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich Jugend- und Familienberatung
Herr Eberhardt - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Herr Jacobs - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Frau Kalmus - Büro Oberbürgermeister,
Presseinformation und Öffentlichkeitsarbeit
Frau Mac-Lean - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Herr Rauhaus - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich Kindertagesstätten und Heimverbund
Herr Rohde - Fachbereich Jugend und Familie,
Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Frau Rudolf - Fachbereich Bibliothek und Schule,

Frau Schepers	-	Bereich Schulplanung Fachbereich Jugend und Familie, Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit
Frau Teschner	-	Dez. III
Frau Teschner	-	Fachbereich Jugend und Familie, Planungskordinatorin
Herr Walter	-	Jugend- und Sozialdezernent
Frau Wilke-Peters	-	ÖPR 51

Herr Brockmann für die Niederschrift
Herr Krömer für die Niederschrift

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Thema der KFN-Studie "Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt"
Auflistung der Eingeladenen (s. Anlage)

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Schlienkamp eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Als Referentinnen und Referenten begrüßte sie Herrn Prof. Dr. Pfeiffer, Herrn Prof. Dr. Scherr, Herrn Prof. Dr. Pohl, Frau Monika Taut, Frau Marion Latzke, Herrn Jörg Weihrauch und Herrn Torsten Albrecht.

Zum Verfahren wies sie darauf hin, dass das Eingangsreferat von Herrn Prof. Dr. Pfeiffer gehalten werde. Die anschließenden Referate sollten in der Redezeit 10 Minuten nicht überschreiten.

Tagesordnungspunkt 2

Anhörung gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zum Thema der KFN-Studie "Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?"

Die Referate von **Herrn Prof. Dr. Pfeiffer, Herrn Prof. Dr. Scherr, Herrn Prof. Pohl, Frau Taut, Frau Latzke, Herrn Weihrauch** und **Herrn Albrecht** sind der Niederschrift als Anlage

beigefügt.

Nachdem **Ratsfrau Schlienkamp** darum gebeten hatte, sich bei den Fragen kurz zu fassen, äußerte sich **Ratsfrau Jakob** lobend über die Vorträge, richtete jedoch die Frage an die Experten, wo die Lösungen seien und wie man es erreichen könne, das, was in Hannover bereits geschaffen worden sei, weiter zu verstärken.

Ratsherr Meyburg fragte **Herrn Prof. Dr. Pfeiffer**, wie er sich eine Ganztagschule vorstelle.

An die Vertreter der Jugendzentren richtete er die Fragen, wie man in den Einrichtungen von der innerfamiliären Gewalt der Besucher erfahre und welchen Migrationshintergrund die Besucher hätten.

Ratsfrau Wagemann brachte die Wichtigkeit der Anhörung zum Ausdruck und fragte, ob die populistischen Reaktionen auf die Studie bedacht wurden und im Interesse der Herausgeber seien.

Anschließend schilderte sie die Probleme, die es in Hannover mit der Institution Schule gebe und fragte **Herrn Prof. Dr. Pfeiffer**, warum er die Schule trotz Kenntnis der Landschaft in dieser Weise favorisiere und die Jugendarbeit so diskreditiere.

Herr Prof. Dr. Pfeiffer machte deutlich, dass Kinder aus benachteiligten Familien in Hannover in der Regel nicht in ein Jugendzentrum gingen. Diejenigen, die nicht dort hingingen, seien weniger gewalttätig als diejenigen, die hingingen. Die Mehrheit der Kinder aus dem Drogenmilieu besuche kein Jugendzentrum. Diejenigen, die hingingen, seien zu denjenigen, die auch im Drogenmilieu seien, aber das Jugendzentrum nicht besuchten, mehr gewalttätig. Kinder, die all diese Merkmale aufwiesen und in ein Jugendzentrum gingen, seien gewalttätiger als diejenigen mit den gleichen Merkmalen, die das Jugendzentrum nicht besuchten. Die Frage, warum das so sei, habe zu dem Ergebnis geführt, dass je höher in einem sozialen Kontext die Ballung von Hochbelasteten sei, umso wahrscheinlicher seien Ansteckungseffekte im Negativen.

Um die positiven Wirkungen der Schule aufzuzeigen, erläuterte er, dass vor 10 Jahren noch 50 % der türkischen Kinder auf die Hauptschule gegangen seien. Inzwischen seien es nur noch 31 %. Parallel dazu habe sich das Netzwerk der türkischen Jugendlichen drastisch verändert. Im Vergleich zu München, wo noch 61 % der Schüler zwangsweise die Hauptschule besuchten und wo noch 39 % der Jungen mindestens fünf delinquente Freunde hätten, seien es in Hannover nur noch 18 %. Diese Zahl sei hier so niedrig, weil sie zu 70 % Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien besuchten und auf eine bunte Mischung von Mittelschichtskinder träfen und so in unsere Gesellschaft hineinwüchsen. Daher stimme er mit Herrn Prof. Dr. Scherr darin überein, dass die Hauptschulen abgeschafft werden müssten.

Er habe nichts gegen die Sozialarbeiter. Denen bescheinige er hohes Engagement und Können. Er sage lediglich, wenn eine Einrichtung zu stark von Hochbelasteten besucht werde, entstehe eine nicht mehr aufzuhaltende Eigendynamik. Die Sozialarbeiter könnten sich dann noch so abmühen; sie hätten weniger Chancen, als wenn eine bessere Durchmischung zustande komme. Die Mehrfachtäter seien in Hannover bei den türkischen Jugendlichen, die andere Schulformen besuchten, von 15,2 auf 7,2 % gesunken.

Am Ende wiederholte er, dass es ihm nicht um eine Kritik an Jugendzentren gehe sondern darum, dass die Dynamik der Nutzung dazu führe, dass sie sich einer belasteten Klientel ausgesetzt sähen, mit denen sie nicht mehr unter den herrschenden Rahmenbedingungen präventiv arbeiten könnten.

Hinsichtlich seiner Begeisterung für die Schulen meine er nicht das, was in Hannover passiere. Hier sei er sich mit allen einig, dass mehr passieren müsse. Jedoch habe er in Kanada, Finnland und Neuseeland Schulen besucht, die als "Treibhäuser der Zukunft" bezeichnet würden. Hier sei bis etwa 15:30 Uhr Pflichtunterricht, und danach beginne die

Freiwilligkeit. 60 - 70 % würden dieses Angebot nutzen. Deswegen plädiere er für eine andere Vision von Schule. Dass die Gegenwart nicht begeisternd sei, wisse er; jedoch sei sie besser als ihr Ruf.

Herr Prof. Dr. Scherr führte aus, dass es keine Wertemodelle gebe, welche sozialen Belastungsfaktoren direkt oder indirekt zu Kriminalität führten. Es gebe nur viele Mythen. So sei vor kurzem zwingend nachgewiesen worden, dass Lehrlinge nicht seltener Straffällig würden als arbeitslose Jugendliche; sie würden nur seltener verurteilt.

Wenn man glaube, was die Studie behaupte, gäbe es einen dringenden Anlass, eine genaue qualitative Studie zu den sozialen Prozessen in den Jugendzentren und den Schulen zu machen. Danach könne man dann ernsthaft darüber reden. Er wolle die Daten nicht bestreiten, aber viele empirische Studien über Jugendarbeit sagten etwas anderes aus. Sie sagten, dass es hier Prozesse der politischen Bildung und des sozialen Lernens, Prozesse, in denen Jugendliche Konfliktregulierung und Beziehungsaufbau lernten, gebe. Danach müsste Hannover eine eigentümliche Sondersituation sein, die dem Bilde der Jugendarbeit bundesweit so nicht entspreche. Man müsste dann entweder sagen, dass eine Qualifizierung, ein Ausbau der Jugendarbeit erforderlich sei oder man müsse dazu kommen, dass die Einrichtung geschlossen werden müsse.

Herr Weihrauch machte deutlich, dass es eine Reihe erfolgreicher Jugendprojekte gebe, aber auch einige Jugendzentren böten eine ganz interessante Projektarbeit an. Diese Arbeiten sollten vielleicht einmal vorgestellt und ausgewertet werden. Dabei müsse geprüft werden, warum diese Arbeiten so erfolgreich seien, ob sie auf andere Einrichtungen übertragen werden könnten und welches die Strukturprinzipien seien, die diesen Erfolg ermöglichten.

Ein weiterer Punkt sei die Kooperation von Jugendeinrichtungen und Schule. Hier gebe es eine ganze Reihe. Manche Jugendeinrichtungen kooperierten vielleicht noch nicht mit der Schule; hier müsse gefragt werden, warum das so sei. Jedoch vermisse er insgesamt einheitliche Standards, nach denen diese Kooperation ablaufe. Bisher habe es wenig Koordination in diesem Bereich gegeben, jedoch setze er hier auf die Jugendbildungskoordinatoren, die seit dem 01. Januar 2009 ihre Arbeit aufgenommen hätten.

Die Frage, wie man von Gewalt erfahre, sei dahingehend zu beantworten, dass mit den Jugendlichen gesprochen werde. Ein guter Sozialarbeiter werde sich in solchen Fällen auch an andere Stellen, wie Lehrer oder die Polizei wenden. Darüber hinaus erführen die Sozialarbeiter viel, da sie auch im Stadtteil unterwegs und mit anderen Einrichtungen im Gespräch seien.

Es gebe immer wieder einmal problematische ethnische Zusammensetzungen, die sehr homogene Gruppen hervorbrächten. Spätestens dann müsse man durch eine Umstellung der Angebotsstrukturen, durch veränderte Öffnungszeiten oder durch Angebote außerhalb der Jugendeinrichtung reagieren, um wieder eine Entmischung zu erreichen. Das sei oftmals natürlich ein langwieriger Prozess, der auch etwas der Kreativität der Jugendarbeiter geschuldet ist. Ein guter Jugendarbeiter oder eine gute Jugendarbeiterin bemerke es, wenn sich eine Problematik anbahne und werde versuchen, dementsprechend zu reagieren.

Ratsfrau Hindersmann bemerkte zunächst, dass sich die SPD-Fraktion für eine Stärkung der Jugendarbeit einsetze. Sie sei gegen die in der Studie vertretene These. Viel mehr glaube sie, dass Jugendzentren gerade solche Kinder und Jugendlichen noch erreichen könnten.

Sie stellte die Frage, wie die Prognose sei, wenn man von Heute auf Morgen die Jugendzentren schließen würde.

Sie halte die These für unterstützungswürdig, dass bei Schließung der Jugendeinrichtungen die Kinder und Jugendlichen sich auf der Straße oder in anderen problematischen

Bereichen befänden.

Die Debatte um die Ganztagschule halte sie für theoretisch, da diese Frage kommunalpolitisch in den nächsten Jahren nicht entschieden werden könne.

Ratsherr List fragte, wie man Jugendliche erreichen wolle, die sich nicht mehr in Schul- oder Berufsausbildung befänden.

Er widerspreche der in der Studie vorgestellten These und begründete dies mit seiner langjährigen Arbeit in einem unabhängigen Jugendzentrum mit problematischen Jugendlichen. Diese hatten im Jugendzentrum eine Auffangsituation gefunden, und man konnte ihnen helfen, aus ihren schwierigen Situationen herauszukommen.

Bezirksratsherr Pohl schloss sich den Ausführungen von Ratsfrau Hindersmann an und fragte, was getan und verändert werden müsse, damit der in der Studie herausgebildete Zusammenhang künftig nicht mehr auftrete.

Herr Prof. Dr. Pohl meinte, dass bei Schließung der Jugendeinrichtungen die Jugendlichen auf der Straße säßen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde die Kriminalitätsrate ansteigen. Die These, dass die Arbeit in den Jugend- und Freizeitzentren, den außerschulischen Bildungseinrichtungen eine präventive Funktion hätten, sei seiner Ansicht nach durch die Praxis bestätigt worden. Das Problem dürfe nicht bagatellisiert werden. Auch müsse die Gesamtaussage der Studie zur Kenntnis genommen werden, dass die Kriminalitätsrate insgesamt gesunken sei.

Eine andere Studie habe festgestellt, dass der Höhepunkt der Kriminalitätsbelastung, wobei es sich um Delikte handele, mit 14 Jahren erreicht sei und danach zurückgehe. Daher sollte man auch ein wenig Gelassenheit an den Tag legen, dass sich das Problem nicht gerade auswachse, aber doch ein vorübergehendes sei. Ferner sei in dieser Studie noch festgestellt worden, dass die Kriminalitätsbelastung von deutschen und ausländischen Jugendlichen zwar deliktenspezifisch unterschiedlich, im Volumen jedoch fast gleich sei.

Ein weiterer Aspekt der Debatte sei die Frage, was mit den Jugendlichen auf der Straße geschehen solle. Wolle man ein "sauberes", geschöntes Stadtbild, in dem auch keine Jugendlichen mehr vertreten seien, dann sende man ein Signal aus "Wir wollen euch nicht". Hinsichtlich der Schule merkte er an, dass diese sich in den letzten Jahren geradezu zu einer Lernfabrik entwickelt habe. Laut einer Umfrage hätten 60 - 70 % aller Schülerinnen und Schüler angegeben, es gehe nicht mehr um die eigene Person, sondern nur noch um die Leistung. Wenn das stimme, würde man, wenn man die Jugendlichen aus den Einrichtungen und von der Straße haben wolle, das Signal aussenden, sie überhaupt nicht mehr zu wollen. Und wenn, dann nur höchst angepasst. Genau das hätten sowohl die Studie des Jugendinstitutes und die Schell-Studie ergeben.

Herr Prof. Dr. Scherr machte deutlich, dass Jugendzentren nicht primär Einrichtungen der Kriminalitätsprävention seien. Wenn ein Jugendlicher gravierende Formen der Delinquenz plane, werde ihn weder ein Lehrer noch ein Sozialpädagoge daran hindern können. Die Frage sei, wo im alltäglichen Leben und in der Biographie Punkte seien, wo Jugendliche ermutigt würden, bestimmte Dinge zu lassen und ihre Energien in eine andere Richtung zu entwickeln. Hier habe Herr Pfeiffer radikal recht: wenn man diese "Traumschulen" hätte mit den pädagogisch optimistischen Lehrern, die allgemeine Menschenbildung ins Zentrum stellten, dann bräuchte man keine Jugendzentren mehr. Nur werde man diese Schulen nicht haben. Da müsste man die Lehrerbildung reformieren, die Schulen reformieren, die Bildungspolitik reformieren und in eine völlig andere Richtung gehen. Heute gehe das auf "learning for the desk", die sollen "pisa-fit" gemacht werden und keine Lebensfreude entwickeln. Und diese lebensfreudigen, ermutigenden Lehrer begegneten ihm auch nicht so oft. Da müsste so viel geschehen und man müsste ganz lange darüber reden. Er glaube nicht, dass man den Jugendlichen einen Gefallen täte, wenn man ihnen die Einrichtungen wegnähme. Mittelfristig werde die Polizei mehr zu tun bekommen. Die Jugendlichen

müssten gar nichts Böses machen, sie hingen einfach auf der Straße herum und begingen Gewalttaten aus Langeweile. Von daher seien die Jugendeinrichtungen infrastrukturell wichtig. Im übrigen sei das Personal, was durch die Auflösung der Jugendeinrichtungen gewonnen werden könne, ein Tropfen auf den heißen Stein, denn das Verhältnis von Sozialpädagogen in der Jugendarbeit zu Lehrern sei etwa 1 zu 100. Wenn man andere Schulen wolle, solle man dafür kämpfen, da sei er immer dabei. Jedoch mache es keinen Sinn, dies gegen die Jugendarbeit auszuspielen.

Herr Prof. Dr. Pfeiffer betonte nochmals, es sei bekannt, dass benachteiligte Jugendliche in Hannover in der Regel nicht in Jugendzentren gingen. Diese befänden sich nicht auf der Straße und bedrohten auch nicht andere. Sie seien einfach weniger gewalttätig als diejenigen, die in Jugendzentren gingen. Es gebe keinen Grund für die Annahme, dass, wenn Jugendzentren geschlossen würden - was keiner, auch er nicht, fordere - es plötzlich eine Explosion gebe.

Zur Frage der Schule wies er darauf hin, dass er in konkreten Verhandlungen mit dem Kultusministerium stehe, einen Modellversuch zu starten, in dem ein Element sei, dass die Lehrer nur 20 Stunden pro Woche Wissensvermittlung betrieben und 6 Stunden Leidenschaften in den Schülern weckten für ihre eigenen Hobbys. Dann wäre zum Beispiel der Mathelehrer ein Rugbylehrer, und die Biologin würde "Lord of the Dance" auf die Bühne bringen, weil dies ihr Hobby sei. Das könne man im Ausland besichtigen, wie man Lehrer aus ihrer strengen Rolle befreie und wie dadurch Schule plötzlich an Power gewinne und attraktiv werde. Interessanterweise sei ausgerechnet Bayern das zweite Land, was sich für den Modellversuch interessiere, in dem Bewegung einen ganz anderen Stellenwert bekomme als bisher an Schulen, und Musik genauso.

Er habe die Gegenthese, und deswegen lasse er sich nicht darauf ein, was in den Jugendzentren zu tun sei. Da wisse er viel zu wenig, was in diesen Einrichtungen laufe, um sich als Reformator hinzustellen. Vielmehr wolle er um einen Modellversuch bitten, in dem die Sozialarbeiter aus dem nahe gelegenen Jugendzentrum in den Freibereich der Schule, nach Schulschluss, ihre Power einbringen, um dann mit einer Mischung von Jugendlichen die Verdichtung von Randgruppen zu vermeiden.

Hier liege die Chance der Sozialarbeit, und das sei sein Ziel, dies praktisch zu erproben.

Bei einer Längsschnittanalyse in Schweden seien aus genau den gleichen Gründen, die er ebenfalls festgestellt habe, keine positiven Wirkungen kriminalpräventiver Art in Jugendzentren festgestellt worden.

Frau Taut machte deutlich, dass bereits jetzt Eltern bestimmte Schulen wählten, weil dort neben der klaren Wissensvermittlung auch Alternativen angeboten würden.

Aus der Sicht der Polizei sei es so, dass gerade im Hinblick auf Medien und Alkoholkonsum derzeit sehr viel gemacht werde. Vielleicht ließe sich das auch auf andere Bereiche übertragen.

Aus ihrer eigenen Erfahrung als Vorstandsmitglied eines Sportvereines wisse sie, dass die Veranstaltungen am Nachmittag wegbrächen, wo die Schulzeiten länger würden. Vielleicht lasse sich hier eine Möglichkeit finden, zu neuen Strukturen zu kommen.

Sie habe die Studie nicht so verstanden, dass alle Jugendzentren abgeschafft werden sollten. Es sei besser, eine bestimmte Klientel befände sich dort als auf der Straße.

Herr Prof. Dr. Scherr fügte hinzu, Sozialarbeiter wüssten auch, dass es keine zu starke Problemverdichtung geben dürfe. Es werde ja als Teil der Jugendarbeit beschrieben, dass man eine Besucherstruktur hinbekomme, mit der man sinnvoll arbeiten könne.

Man dürfe nicht einfach warten, wer komme, sondern es sei eine aktive pädagogische Aufgabe zu steuern, dass sich zum Beispiel eine Dominanz auflöse. Es handele sich hier um ein Qualitätskriterium für Jugendarbeit, wenn man sage, es ließe sich nur dann Jugendarbeit sinnvoll betreiben, wenn Besuchergruppen vorhanden seien, mit denen noch pädagogisch gearbeitet werden könne.

Herr Sangaré bemerkte, dass angesichts der Diskriminierungen in den hannoverschen Diskotheken versucht worden sei, eine Bildungsarbeit in den Jugendzentren zu organisieren. Man habe jedoch festgestellt, dass hauptsächlich präventive Angebote gemacht würden und dass viele Jugendeinrichtungen ethnisiert seien. Eine Begegnung mit den Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft finde kaum statt. Daher frage er, wie die Gewalt bekämpft werden solle, wenn die Pädagogisierung ohne Kultur und ohne Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft fortgesetzt werde.

Frau Hartleben-Baildon erklärte, für sie ergebe sich aus der Studie die Konsequenz, das Personal in den Jugendzentren auszuweiten und es weiter zu qualifizieren, wobei auch kulturelle Hintergründe eine Rolle spielen müssten.

Des Weiteren sei sie der Ansicht, dass die Lehrerinnen und Lehrer überfordert seien, wenn sie mit den Jugendlichen aus den Einrichtungen arbeiten sollten, da sie ganz anders ausgebildet seien. Es könne hier nicht darum gehen, die Lehrerbildung zu reformieren, da dies auf kommunaler Ebene nicht beeinflussbar sei. Vielmehr müsse es darum gehen, Sozialarbeiter mit gleicher Bildung und Bezahlung sowie mit annähernd gleicher Personenzahl wie die Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen zu schicken.

Wenn die Sozialarbeiter in die Schulen gingen, entspreche dies nicht dem, was Jugendliche wollten. Jugendliche wollten miteinander leben, Verantwortung haben, erproben, erwachsen zu sein. Zwar könnten sie das in der Schule auch, jedoch nicht unter den gleichen Rahmenbedingungen wie in Jugendzentren.

Bei Umfragen, die sie oft durchführe, stelle sich meistens heraus, dass Jugendliche sehr viele Fähigkeiten und Kompetenzen in Jugendeinrichtungen erworben hätten.

Herr Prof. Dr. Pfeiffer erläuterte, dass es auch nach den Beobachtungen seiner Gruppe in einigen, aber nicht in allen Jugendzentren eine ethnische Dominanz gebe. Im Übrigen wies er noch einmal auf die Notwendigkeit der Abschaffung der Hauptschulen hin und beschrieb die landsweite Bewegung, die hierzu führen werde.

Herr Albrecht ging nochmals kurz auf die ethnische Dominanz ein und machte deutlich, dass es sich hier um ein Problem handele. Es gehe jedoch auch um die Frage der Gruppenzusammensetzung nach sozialer Herkunft, möglicherweise auch nach Bildungsstandard. So sei auch die Musikschule Hannover eine Einrichtung der Jugendarbeit, und man könnte sich fragen, warum sich gerade hier überwiegend Jugendliche aus dem Bildungsbürgertum ballten.

Zum Abschluss der Anhörung gab **Herr Prof. Dr. Scherr** die Empfehlung, sich die Jugendarbeit in Österreich anzusehen. Man könne Jugendarbeit auch anders gestalten. Das setze jedoch voraus, dass die Sozialarbeiter den richtigen Arbeitsauftrag hätten und die Mittel dazu vorhanden seien. Es dürfe nicht dazu führen, dass diejenigen, die woanders herausfielen, dann auch in der Jugendarbeit hinausgedrängt würden.

Daraufhin bedankte sich **Ratsfrau Schlienkamp** bei den Anwesenden und schloss die Anhörung.

(Walter)
Stadtrat

Für die Niederschrift:
Krömer



Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?

Christian Pfeiffer, Susann Rabold, Dirk Baier

1. Das Anliegen des Beitrags

In unserem Forschungsbericht „Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover. Aktuelle Befunde und Entwicklungen seit 1998“ (Rabold et al. 2008) konnten wir nachweisen, dass das Aufsuchen verschiedener Freizeitorte das Gewaltverhalten beeinflusst. Es zeigte sich, dass Jugendliche, die oft Freizeitzentren besuchen, erheblich häufiger mit Gewalttaten in Erscheinung treten als Jugendliche, die nie an diesen Orten zu finden sind (S. 77ff). Bereits in der Vergangenheit konnte mithilfe anderer Schülerbefragungen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gezeigt werden, dass Jugendliche, die ihre Freunde über Freizeitzentren kennen lernen, übermäßig häufig delinquenten Jugendgruppen angehören (Wetzels/Enzmann 1999). Beide Befunde veranlassen uns, eine zugegeben provokative Hypothese aufzustellen und anhand unseres Hannoveraner Datensatzes zu untersuchen: Freizeitheim/Jugendzentren (im Folgenden Freizeitzentren genannt) wirken sich unter den heutigen Rahmenbedingungen als eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt aus.

Einleitend möchten wir dabei eines deutlich herausstellen: Mit unserer Studie soll keinesfalls das Engagement der in den Freizeitzentren tätigen Sozialpädagogen¹ in Frage gestellt werden. Dazu haben wir im Rahmen unserer Untersuchung auch keinerlei Daten erhoben. Es scheint allerdings in der Konzeption sowie in der Organisationsstruktur solcher Einrichtungen Probleme zu geben, die zur Folge haben, dass sich dort in verschiedener Hinsicht sehr belastete Jugendliche zusammenballen. Die Jugendlichen lernen offenbar voneinander delinquente Einstellungen und Verhaltensweisen; alternative Vorbilder sind zu wenig präsent. Diesen Effekt können wir auch in anderen Organisationen beobachten, beispielsweise in Hauptschulen, in Jugendheimen oder in Erziehungscamps. Nicht zu bezweifeln ist, dass wir mit belasteten Jugendlichen arbeiten müssen, indem wir ihnen u.a. strukturierte und von professionell ausgebildetem Personal begleitete Freizeitangebote unterbreiten. Zweifelhaft ist nur die Art und Weise, wie dies bislang geschieht. Um eine sachliche Diskussion über die Freizeitzentren anzustoßen, haben wir uns deshalb entschieden, weitere empirische Auswertungen zur Zusammensetzung der Jugendlichen durchzuführen, die die Freizeitzentren frequentieren. Grundlage für die entsprechenden Auswertungen sind dabei die Antworten, die uns 3.661 Jugendliche im Jahr 2006 während einer Befragung in neunten Schulklassen in Hannover gegeben haben (vgl. zur Methode Rabold et al. 2008, S. 13ff). Die Ergebnisse der Untersu-

¹ Aus Gründen der einfacheren Darstellung wird im Folgenden die männliche Form verwendet, obschon sowohl weibliche als auch männliche Personen angesprochen sind. Sollten sich Aussagen ausschließlich auf Jungen/Männer bzw. Mädchen/Frauen beziehen, wird dies kenntlich gemacht.

chung nutzen wir ferner dazu, um Vorschläge zu entwickeln, wie die Offene Jugendarbeit durch ihre Integration in Ganztags-schulen in Zukunft erfolgreicher gestaltet werden könnte. Dazu empfehlen wir am Ende des Textes die Einrichtung eines von Forschung begleiteten Modellversuches.

2. Ausgewählte Forschungsbefunde zum Thema der Untersuchung

Der Großteil delinquenten Verhaltens wird von Jugendlichen in ihrer Freizeit begangen; gleichwohl sind in der kriminologischen Forschung Studien über den Zusammenhang von Freizeitverhaltensweisen und Gewalt eher selten (vgl. Goldberg 2003). Wenn Wissenschaftler sich diesem Zusammenhang widmen, dann stehen meist auch andere Freizeitaktivitäten als der Besuch von Freizeitzentren im Mittelpunkt. So untersuchen einige empirische Studien die Frage der gewaltsteigernden bzw. –senkenden Effekte des Sporttreibens (für einen Überblick Dunning 2002). Die Befunde hierzu sind jedoch uneinheitlich. Es wird sowohl von positiven, d.h. gewaltsenkenden Effekten, als auch von negativen Effekten berichtet wird (vgl. z.B. Agnew/Petersen 1989, Kreager 2007). Weitestgehend positiv scheinen sich demgegenüber Aktivitäten auszuwirken, die der eigenen Bildung oder dem Kompetenzerwerb dienen (Lösel/Bliesener 2003, Goldberg 2003), wie das Lesen, das Lernen am Computer oder die Beschäftigung mit Hobbies. Negative Effekte gehen demgegenüber vom Medienkonsum, insbesondere vom Gewaltmedienkonsum aus, wie mittlerweile zahlreiche, auch längsschnittlich angelegte Untersuchungen belegen konnten (vgl. u.a. Anderson/Bushman 2001, Möhle et al. 2007, Pfeiffer et al. 2008).

Als Kriminalität begünstigende Freizeitbeschäftigungen gelten daneben folgende Aktivitäten: das Herumhängen auf Straßen oder Plätzen, der Besuch von Gaststätten oder Diskotheken oder der Besuch von Spielhallen. Hierbei „handelt es sich überwiegend um konsumorientierte, unbeaufsichtigte, unstrukturierte und gesellige Aktivitäten, die meist zusammen mit der peer-group unternommen werden“ (Goldberg 2003, S. 109). Die geringe Kontrolle durch Erwachsene sowie die in delinquenten Gruppen zu beobachtenden Prozesse der Herabsetzung von Hemmschwellen können als Erklärung für die Zusammenhänge mit dem Gewaltverhalten betrachtet werden.

Auch der Aufenthalt in Freizeitzentren erscheint in diesem Sinne eher unstrukturiert und gesellig. Zudem dürfte die Kontrolle durch die anwesenden Sozialarbeiter meist gering ausfallen, da auf eine Aufsichtsperson meist zahlreiche Besucher entfallen. Die These, dass Freizeitzentren zumindest nicht zur Verringerung der Gewaltbereitschaft beitragen, liegt damit nahe. Im Rahmen einer im Jahr 1965 begonnenen und auf 20 Jahre angelegten schwedischen Längsschnittuntersuchung zeigen Mahoney et al. (2001) bzw. Mahoney und Stattin (2000), dass sich in Freizeitzentren überwiegend problembelastete Jugendliche konzentrieren. Über diesen Selektionseffekt hinaus erweist sich das Freizeitzentrum bei ihrer Untersuchung zugleich als eigenständiger Verstärkungsfaktor für kriminelles Verhalten der untersuchten männlichen Jugendlichen. Unter Kontrolle individueller und familialer Faktoren kann gezeigt werden, dass sowohl bei bereits problembelasteten als auch bei bislang unauffälligen Besuchern dieser Einrichtungen ein Anstieg des kriminellen Verhaltens zu beobachten ist. Die Befunde dieser eher älteren Untersuchung werden anhand einer im Jahr 1999 und 2000 durchgeführten Längsschnittstudie bestätigt (Mahoney et al. 2004). Besonders negativ wirken sich dieser Studie zufolge die Freizeitzentren auf, in denen sehr viele delinquente Gleichaltrige zu

finden sind. Neben den ungünstigen Peer-Einflüssen wird die geringe Strukturiertheit der Jugendzentren als Erklärung für den negativen Effekt dieser Einrichtungen angeführt. Die wenigen empirischen Forschungsarbeiten, die zu diesem Freizeitort vorliegen, stützen damit die einleitend aufgestellte Hypothese.

3. Wer sind in Hannover die Besucher von Freizeitzentren?

Im Fragebogen der Schülerbefragung in Hannover 2006 wurden die Jugendlichen nach der Häufigkeit des Aufenthalts an verschiedenen Freizeitorten gefragt (z.B. Diskotheken, Café, Kneipe, Bar), wobei als Antwortmöglichkeiten „nie“, „selten“, „oft“ und „sehr oft“ zur Auswahl standen. Darüber hinaus sollten die Jugendlichen angeben, zu welchen Zeiten sie diese Orte aufsuchen („15-18 Uhr“, „18-21 Uhr“ bzw. „nach 21 Uhr“). In Bezug auf die Freizeitzentren (erfragt als „Jugendclub, Jugendzentrum“) ergeben sich folgende Befunde: Mehr als zwei Drittel aller Jugendlichen (70,0 %) geben an, sich in der Freizeit nie dort aufzuhalten, 17,6 % der Jugendlichen tun dies selten, 8,0 % oft und 4,3 % sehr oft. Einen vergleichbaren Wert berichtet Pöge (2007, S. 212) auf Basis einer Schülerbefragung in Münster: Hier gaben 12 % der Jugendlichen an, dass sie oft oder sehr oft ein Jugendzentrum besuchen. Wie die Daten unserer Befragung in Hannover darüber hinaus zeigen, besucht ein Großteil der Jugendlichen diese Einrichtungen in der Zeit von 15-18 Uhr (65,4 %), jeder zweite Jugendliche hält sich dort in der Zeit von 18-21 Uhr auf (48,2 %), ein Zehntel aller Jugendlichen (10,4 %) verbringt auch nach 21 Uhr an diesem Ort seine Freizeit.²

Eine Analyse der soziodemographischen Zusammensetzung der Jugendlichen verdeutlicht, dass – gemessen an ihrem Anteil in der Stichprobe – überproportional viele männliche und nichtdeutsche Jugendliche sowie Hauptschüler in diesen Einrichtungen zu finden sind. So handelt es sich bei denen, die ihre Freizeit sehr oft in Freizeitzentren verbringen, zu zwei Drittel um männliche Jugendliche (66,0 %). Unter allen Befragten befinden sich aber nur 50,7 % Jungen. Bei denjenigen Jugendlichen, die nie ein Freizeitzentrum aufsuchen, entspricht das Geschlechterverhältnis (männlich: 47,4 %) in etwa dem der Gesamtstichprobe.

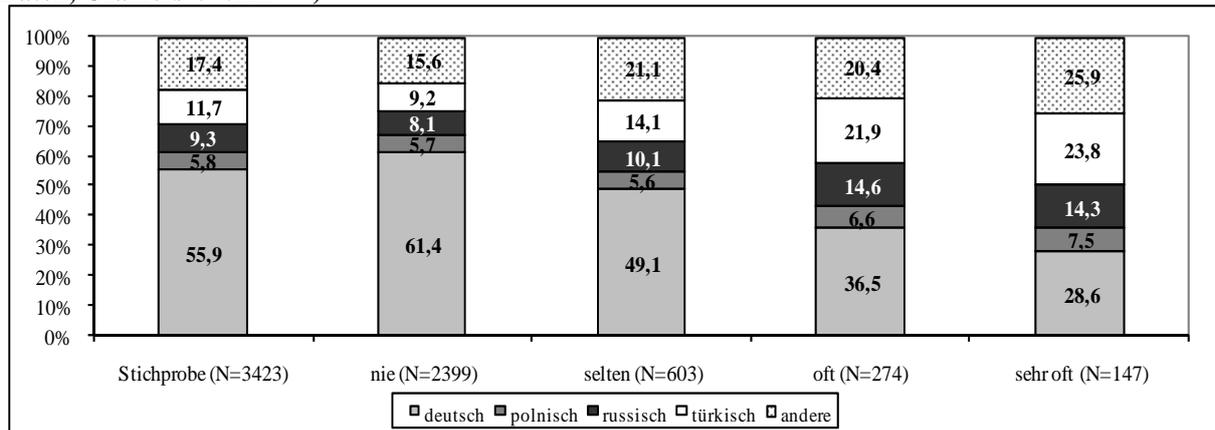
Anhand der Abbildung 1 wird weiterhin deutlich, dass unter den Jugendlichen, die sich nie in Freizeitzentren aufhalten, etwas häufiger als in der Gesamtstichprobe deutsche Jugendliche zu finden sind (61,4 % zu 55,9 %).³ Betrachten wir dagegen die Schüler, die sich sehr oft in Freizeitzentren aufhalten, dann zeigt sich, dass deutsche Jugendliche nur mehr ein Viertel dieser Gruppe stellen (28,6 %); d.h. Deutsche sind hier nur halb so häufig anzutreffen, wie in der Grundgesamtheit, türkische Jugendliche sind hingegen um das Doppelte überrepräsentiert (23,8 zu 11,7 %). Insgesamt betrachtet zeigt sich, dass fast drei Viertel der häufigen Freizeitzentrenbesucher nichtdeutscher Herkunft sind. Zu vermuten ist, dass die Zentren jeweils pri-

² Die Jugendlichen konnten bzgl. der Aufenthaltszeiten mehrere Antworten abgeben, weshalb sich die berichteten Prozentanteile nicht zu hundert addieren.

³ Die Jugendlichen wurden, um die ethnische Herkunft zu bestimmen, gebeten, im Fragebogen die Nationalität der Eltern bei deren Geburt zu berichten. War diese Nationalität türkisch, so wird der Jugendliche als türkisch bezeichnet, war sie russisch, als russisch usw. Wenn Vater und Mutter verschiedene Nationalitäten besaßen, entschied die Herkunft der Mutter über die Zuordnung. Lag allerdings der Fall vor, dass der Vater nichtdeutsch war, die Mutter hingegen deutsch, wurde der Jugendliche der entsprechenden nichtdeutschen Gruppe zugeteilt. Lagen keine Informationen über die Eltern vor, wurden weitere Angaben der Jugendlichen u.a. zur eigenen Nationalität bei der Geburt bzw. zum möglichen Einwanderungsland eines der Elternteile zur Klassifizierung herangezogen. Ausgewiesen werden nur die größten Migrantengruppen, alle anderen wurden in der Kategorie „andere Herkunft“ zusammengefasst.

mär von bestimmten ethnischen Gruppen besucht werden. Bucerius (2008) berichtet bspw. in ihrer Studie, dass die Besucher des untersuchten Jugendhauses in Frankfurt/Main zur Hälfte türkischer Herkunft waren; auch die anderen Jugendlichen waren weitestgehend islamischen Glaubens (Albaner, Marokkaner). Für Hannover können wir dies leider nicht überprüfen, da es uns nicht möglich ist, einzelne Freizeitzentren und ihre jeweiligen Besucher in unserem Datensatz zu identifizieren.

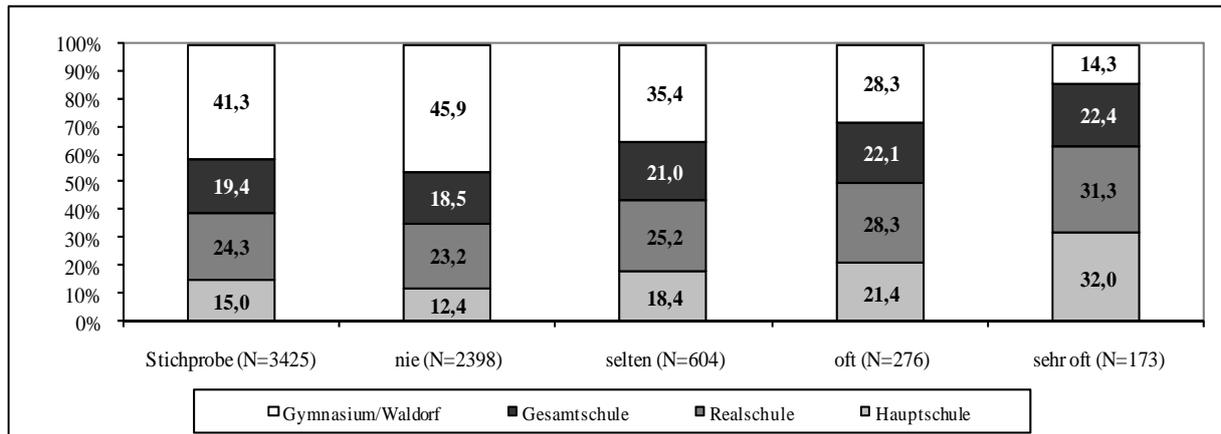
Abbildung 1: Ethnische Herkunft und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten; Cramers V=.121*)⁴**



Kennzeichnend für die Besucher von Freizeitzentren ist zudem ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau (Abbildung 2). Der Anteil an Hauptschülern in der Gesamtstichprobe beträgt 15,0 %, unter den Jugendlichen, die sehr oft ein Freizeitzentrum besuchen, gibt es aber 32,0 % Hauptschüler. Entsprechend gering ist der Anteil an Gymnasiasten bzw. Waldorfschülern. In der Gesamtstichprobe ist der Anteil um das Dreifache höher als in der Gruppe der regelmäßig solche Einrichtungen besuchenden Jugendlichen. Grundsätzlich spricht dieser Befund dafür, dass über die Zentren genau jene Jugendlichen erreicht werden, die eine Unterstützung benötigen. Problematisch erscheint allerdings, dass diese dann weitestgehend unter sich bleiben; auf Jugendliche, die andere Einstellungen und Werte vertreten, treffen sie hier nur selten.

⁴ Zu den Auswertungen wird jeweils der Koeffizient Cramers V sowie das entsprechende Signifikanzniveau ausgegeben. Dieser Koeffizient ist für nominalskalierte Daten geeignet, die auch mehr als zwei Ausprägungen aufweisen und kann Werte zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) annehmen (vgl. Benninghaus 2005). Wird ein Cramers V mit einem (*), zwei (**), drei Sternchen (***) berichtet, ist davon auszugehen, dass im Hinblick auf das betrachtete Merkmal zwischen den einbezogenen Gruppen signifikante (*, $p < .05$), hoch signifikante (**, $p < .01$) bzw. höchst signifikante (***, $p < .001$) Unterschiede existieren. Zusätzlich wird in den Abbildungen die zugrunde liegende Fallzahl pro Gruppe (N) ausgewiesen; N_{Min} steht dafür, dass für Auswertungen eine Mindestanzahl an Fällen zur Verfügung steht.

Abbildung 2: Schulform und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten; Cramers V=.106*)**

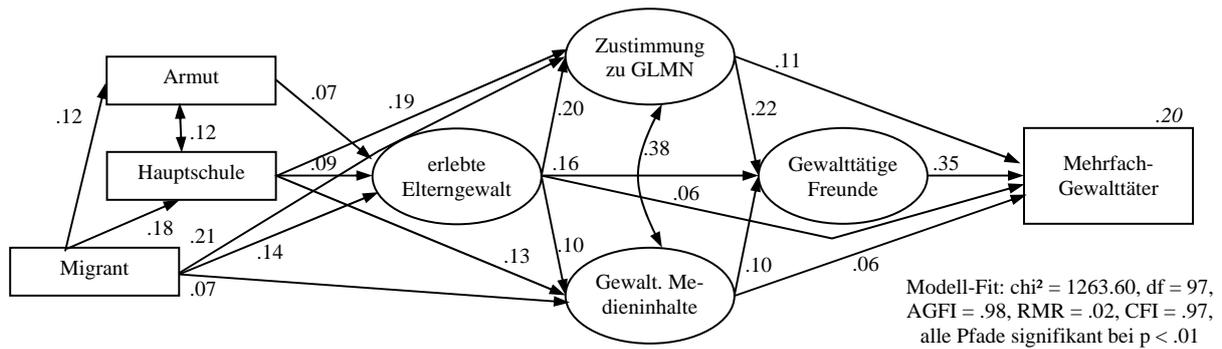


Wie verschiedene Studien zeigen, stellen der Besuch niedriger Schulformen, ein männliches Geschlecht sowie eine nichtdeutsche Herkunft Risikofaktoren für eine erhöhte Gewaltbereitschaft dar (vgl. Baier/Pfeiffer 2007, Baier/Pfeiffer 2007a, Hadjar et al. 2007). Zugleich wird dabei immer wieder herausgearbeitet, dass es sich nicht allein um eigenständige Effekte dieser soziodemographischen Faktoren handelt, sondern dass über diese die Unterschiede der familialen Erziehung, der sozialen Einbindung und der Persönlichkeit abgebildet werden. Die primären Ursachen von Gewaltverhalten sind damit in den Lebensbedingungen der Hauptschüler, der Jungen und der Migranten zu suchen.

In der nachfolgenden Pfadanalyse (Abbildung 3) sind die wichtigsten Ursachen des Hineinwachsens in Gewaltkarrieren dargestellt.⁵ Die Zahlen an den Pfaden stellen standardisierte Koeffizienten dar, die zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) variieren können. Existierende Zusammenhänge zwischen Faktoren werden über Pfeile kenntlich gemacht, wobei die Richtung des Pfeils die vermutete Wirkrichtung wiedergibt. Für das Hineinwachsen in eine Gewaltkarriere ist nach der Pfadanalyse von zentraler Bedeutung, in welchem Ausmaß die Schüler in ihrem sozialen Netzwerk über enge Kontakte zu Jugendlichen verfügen, die selbst häufig Gewalttaten verüben. Andere wichtige Faktoren sind die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, die Akzeptanz Gewalt legitimierender Männlichkeitsnormen und der Konsum gewalthaltiger Medieninhalte, wobei die beiden zuletzt genannten Belastungsfaktoren sich gegenseitig negativ verstärken.

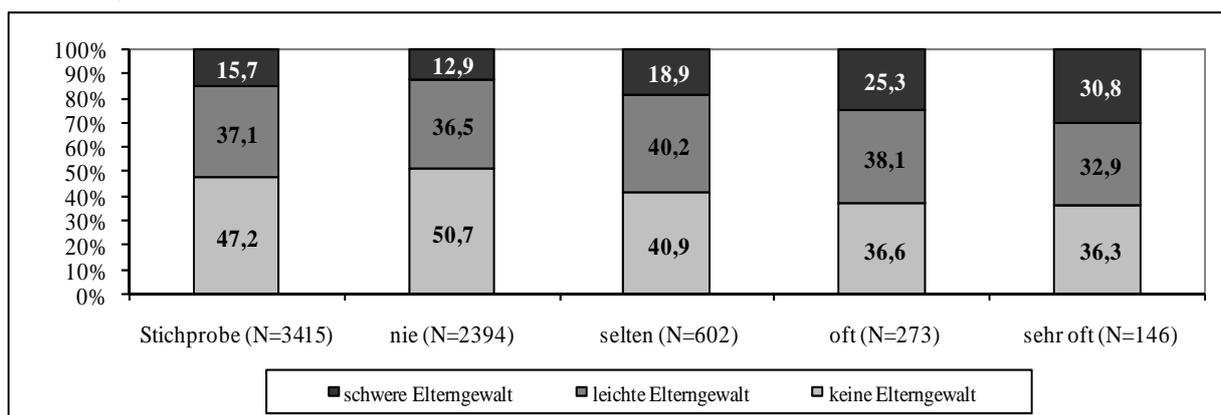
Abbildung 3: Modell zur Erklärung von Mehrfach-Gewalttäterschaft

⁵ Die Analyse wurde anhand einer Stichprobe von 14.301 Jugendlichen der Schülerbefragung 2005 durchgeführt (vgl. Baier et al. 2006). Mittels Pfadanalysen kann die Verursachungsstruktur eines Phänomens, hier der Mehrfach-Gewalttäterschaft (d.h. mind. fünf Gewalttaten in den letzten zwölf Monaten begangen), untersucht werden (vgl. Reineke 2005).



Er erscheint auf Basis dieser Ergebnisse angebracht, die Besucher der Jugendzentren auch daraufhin zu untersuchen, welche zusätzlichen Belastungsfaktoren sie aufweisen. Hierzu können zunächst die innerfamiliären Gewalterfahrungen betrachtet werden. Diese wurden im Fragebogen über die Einschätzung der erlebten Häufigkeit folgender sechs Übergriffsformen erfasst: Eine runtergehauen, mit einem Gegenstand geworfen, hart angepackt oder gestoßen, mit einem Gegenstand geschlagen, mit der Faust geschlagen oder getreten, geprügelt oder zusammengeschlagen. Ein Befragter hat eher leichte Formen elterlicher Gewalt erlebt, wenn er eine der drei erstgenannten Übergriffe berichtet hat; von schweren Formen elterlicher Gewalt sprechen wir dann, wenn er Erlebnisse der drei letztgenannten Formen berichtet. Abbildung 4 gibt differenziert nach Häufigkeit des Besuchs von Freizeitzentren Auskunft darüber, ob die Jugendlichen elterliche Gewalterfahrungen machen mussten. In der Gesamtstichprobe hat etwa die Hälfte der Befragten angegeben, nie solche Erfahrungen gemacht zu haben (47,2 %), mehr als jeder dritte musste immerhin leichte Formen elterlicher Gewalt erfahren (37,1 %), jeder sechste berichtet von schweren Formen der Gewalt (15,7 %). Erneut zeigt sich, dass Jugendliche, die das Freizeitzentrum zu ihrem beliebten Aufenthaltsort am Nachmittag oder Abend zählen, in stärkerem Maße von innerfamiliärer Gewalt betroffen sind. Nur noch ein Drittel dieser Gruppe zählt zu den nicht viktimisierten Jugendlichen, 30,8 % haben schwere elterliche Gewaltübergriffe erdulden müssen.

Abbildung 4: Opfer elterlicher Gewalt und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten, Cramers V=.106*)**



Die Erfahrung von Armut, erfasst durch den Sozialhilfe- bzw. Sozialgeld-/Arbeitslosengeld II-Bezug, deutet ebenfalls auf eine Zusammenballung von Jugendlichen aus schwierigen sozialen Lagen in Freizeitzentren hin. Knapp jeder siebte Hannoveraner Neuntklässler erhält nach eigenen Angaben derzeit Sozialgeld bzw. Arbeitslosengeld II (14,7 %). Während der Anteil der Bezieher von Sozialhilfe in der Gruppe der Jugendlichen, die nie Freizeitzentren besuchen mit 13,6 % etwas unter dem Gesamtdurchschnitt liegt, fällt dieser in allen anderen Gruppen

signifikant höher aus (Cramers $V=0.067^{***}$). Seltene Freizeitzentrenbesucher empfangen zu 14,9 % Sozialhilfe, häufige zu 19,1 % („oft“) bzw. 23,8 % („sehr oft“).

Weitere Faktoren, hinsichtlich derer sich Jugendliche je nach Häufigkeit des Besuchs von Freizeitzentren unterscheiden, sind die Persönlichkeitseigenschaften der Selbstkontrolle und der Männlichkeitsnormen sowie der Konsum gewalthaltiger Medienformate. Selbstkontrolle meint die Fähigkeit, bei der Entscheidung für oder gegen eine Verhaltensweise die langfristigen Folgen derselben einzubeziehen. Personen mit hoher Selbstkontrolle, die neben dem kurzfristigen Nutzen delinquenten Verhaltens die langfristigen negativen Folgen antizipieren, verhalten sich seltener delinquent, weil sie nach Abwägung von Kosten und Nutzen zu dem Ergebnis gelangen, dass sich Delinquenz auf lange Sicht nicht lohnt. Personen mit niedriger Selbstkontrolle fokussieren dagegen den kurzfristigen Nutzen einer Handlung, ohne die Langzeitfolgen (angemessen) zu beachten. In Folge dessen werden diese Personen sich eher für delinquente Taten entscheiden. Es ist davon auszugehen, dass sich die Konzentration von Jugendlichen, die über ein geringes Maß an Selbstkontrolle verfügen, im Hinblick auf die Vermeidung von Gewaltdelinquenz nicht förderlich auswirkt.

Zur Erfassung der Selbstkontrollfähigkeiten wurden den Jugendlichen Aussagen vorgelegt wie „Wenn ich mit jemandem wirklich Streit habe, kann ich nur schwer ruhig bleiben“, „Manchmal finde ich es aufregend, Dinge zu tun, die mich in Gefahr bringen können“ oder „Wenn ich echt wütend bin, gehen mir die Anderen besser aus dem Weg“, denen auf einer Skala von „1 – stimmt gar nicht“ bis „6 – stimmt völlig“ zugestimmt werden konnte. Aus der Zustimmung zu diesen Aussagen wurde ein Mittelwert gebildet. Zur anschaulicheren Darstellung wurde die Skala dreigeteilt: Personen mit Mittelwerten bis 2,67 gelten als hoch kontrolliert, Personen mit Mittelwerten bis 4,33 als durchschnittlich kontrolliert, Personen mit Mittelwerten darüber als niedrig kontrolliert. Wie bei den bisher betrachteten Faktoren lässt sich bei Betrachtung des linken Teils von Abbildung 5 erkennen, dass hoch kontrollierte Jugendliche unter den sehr häufigen Besuchern von Freizeitzentren mit 25,9 % nur halb so häufig vertreten sind wie in der Gesamtstichprobe (51,9 %) oder der Gruppe, für die der Jugendclub in der Freizeit keine Rolle spielt (57,1 %). Demgegenüber finden sich mehr als doppelt bzw. dreimal so viele mit niedriger Selbstkontrolle ausgestattete Jugendliche in der Gruppe der Personen, die oft oder sehr oft ein Freizeitzentrum besuchen.

Besucher von Freizeitzentren unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf ihre Selbstkontrollfähigkeiten, sondern auch hinsichtlich der Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen. Um diese zu erfassen, wurden den Jugendlichen Aussagen wie „Ein richtiger Mann ist stark und beschützt seine Familie“ und „Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf der Mann sie schlagen“ zur Bewertung vorgelegt (vgl. Enzmann et al. 2004). Unter Jugendlichen, die aus dem islamischen Kulturkreis stammen, erhalten die Männlichkeitsnormen höhere Zustimmung als unter Jugendlichen aus anderen kulturellen Kontexten. Trotzdem findet sich auch bei eher katholisch oder orthodox geprägten Migranten ein nicht zu vernachlässigender Anteil an zustimmenden Jugendlichen. Wenn aber Jugendliche einmal derartige Vorstellungen internalisiert haben, dann ist ihre Bereitschaft zur Gewaltanwendung sehr ausgeprägt: So gehören nur 1,6 % der männlichen Befragten, die diese Normen ablehnen, zu den Mehrfach-Gewalttätern; demgegenüber stehen 24,7 % an Mehrfach-Gewalttätern unter den zustimmenden Jugendlichen (vgl. Pfeiffer/Baier 2008).

Betrachten wir nur die männlichen Befragten, so zeigt sich, dass von denen, die sehr oft in Freizeitzentren zu finden sind, 22,4 % den Männlichkeitsnormen explizit zustimmen, nur 20,4 % lehnen sie ab. Männliche Jugendliche, die dagegen nie ein solches Zentrum aufsuchen, stimmen nur zu 4,2 % solchen Normen zu, 61,1 % lehnen sie ab. Ein solcher Zusammenhang ist dabei sowohl für deutsche, als auch für türkische und russische Befragten zu finden. Freizeitzentren scheinen damit Orte zu sein, die eine beachtliche Anziehungskraft auf Anhänger einer ausgeprägten Macho-Kultur entfalten.

Abbildung 5: Selbstkontrolle, Männlichkeitsnormen bzw. Konsum von Mediengewalt und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten)

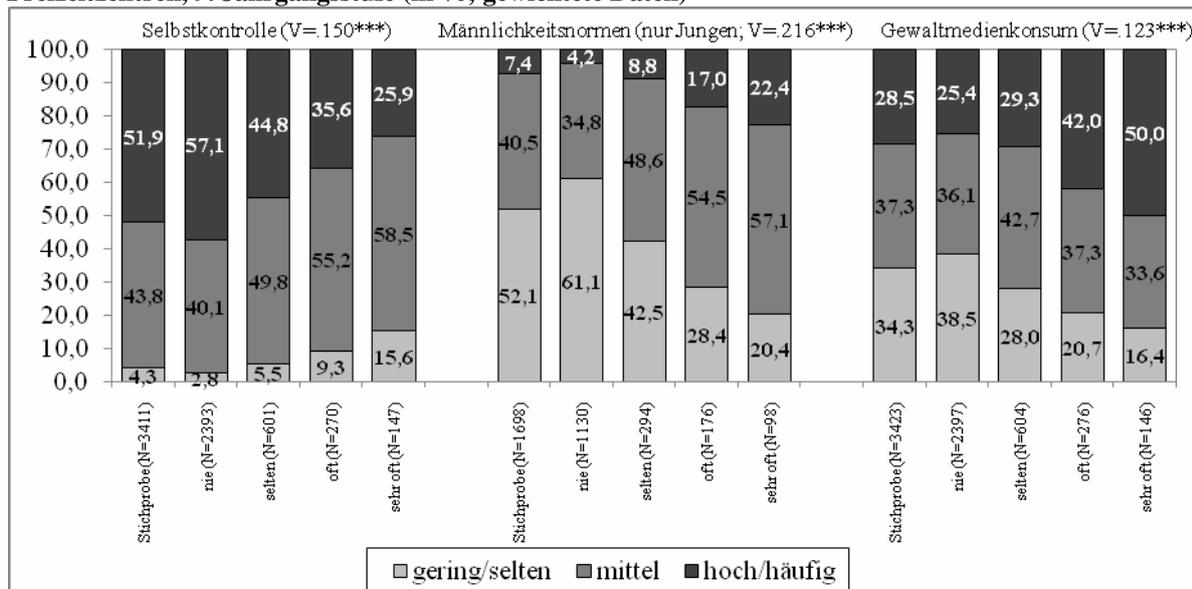


Abbildung 5 weist darüber hinaus diejenigen Jugendlichen aus, die in ihrer Freizeit häufig gewalthaltige Medien konsumieren. Obwohl in der wissenschaftlichen Forschung umstritten ist, welche konkreten Mechanismen für eine Beziehung zwischen dem Konsum und dem Verhalten verantwortlich sind, so besteht zumindest insofern Einigkeit, dass die Annahme einer generellen Ungefährlichkeit von Gewaltmedieninhalten nicht aufrechterhalten werden kann (vgl. Anderson/Bushman 2001, Fuchs et al. 2005, Kunczik/Zipfel 2004). Insofern kann auch im Hinblick auf dieses Verhalten vermutet werden, dass die Häufung von Jugendlichen, die in ihrer Freizeit viele gewalthaltige Filme sehen oder Computerspiele spielen, eher wenig zum Abbau der Gewaltbereitschaft beiträgt, sondern diese beim Vorliegen anderer Risikofaktoren möglicherweise sogar eher verstärkt.

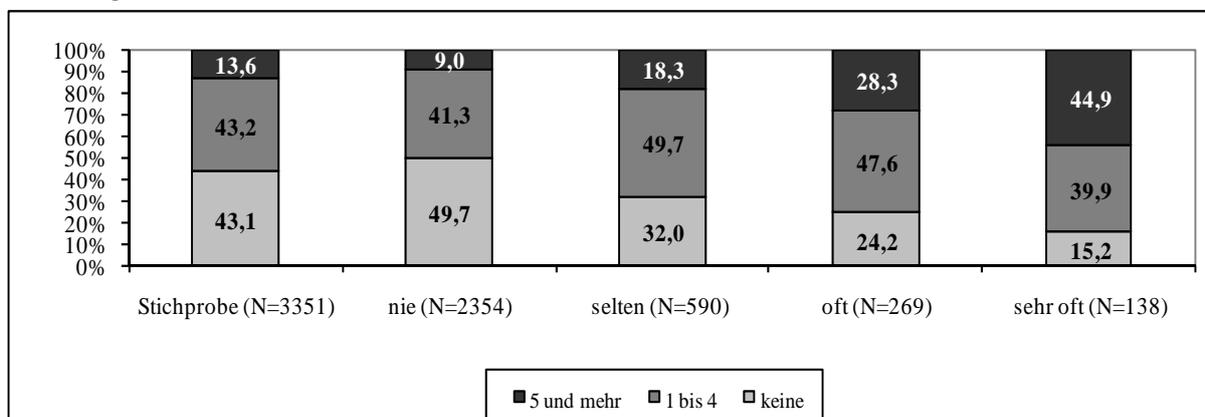
Zur Erfassung des Gewaltmedienkonsums sollten die Jugendlichen angeben, wie oft sie Horror- bzw. Actionfilme/Thriller ab 16 bzw. 18 schauen. Zusätzlich wurde nach der Häufigkeit des Konsums von Egoshootern und Kampfspielen gefragt. Die Variablen wurden zu einer Maximalwertskala zusammengefasst, d.h. der bei diesen Fragen angegebene Höchstwert wird zur Bestimmung der Häufigkeit des Konsums gewalthaltiger Medieninhalte herangezogen.⁶ Zur anschaulicheren Darstellung wurde die Skala in drei annähernd gleich große Gruppen (nie bzw. seltener, mittlerer, häufiger Gewaltmedienkonsum) aufgeteilt. Dabei zeigt sich, dass mit höherer Besuchshäufigkeit von Freizeitzentren eine Zunahme des Anteils Jugendlicher einher geht, die häufig gewalthaltige Filme sehen bzw. Computerspiele spielen. Von denen, die nie

⁶ Da die Antwortvorgaben in Bezug auf die Filme nicht identisch mit den Antwortvorgaben in Bezug auf die Computerspiele waren, wurde die Variablen vorher z-standardisiert.

ein Freizeitzentrum besuchen, geben 25,4 % einen häufigen Gewaltmedienkonsum an. Gleiches trifft hingegen auf jeden zweiten sehr häufigen Besucher von Freizeitzentren zu (50,0 %).

Von zentraler Bedeutung erscheint schließlich, was sich im Hinblick auf die Freundschaftsnetzwerke der Freizeitzentrenbesucher ergibt. Etwa die Hälfte der Jugendlichen, die nie solche Orte aufsuchen, hat keine delinquenten Freunde (49,7 %), nur knapp jeder Zehnte gibt dagegen an, über fünf und mehr solcher Freunde zu verfügen (9,0 %). Ein völlig anderes Bild zeigt sich dagegen zu den Jugendlichen, die sehr oft Freizeitzentren besuchen. Fast jeder zweite von ihnen (44,9 %) hat mindestens fünf delinquente Freunde, die in den letzten 12 Monaten einen Raub, einen Ladendiebstahl, eine Körperverletzung, einen Autoeinbruch oder einen Fahrzeugdiebstahl begangen haben.⁷ Dies sind fünf mal so viel wie bei denen, die nie ein Freizeitzentrum aufsuchen (9,1 %). Lediglich 15,2 % dieser Jugendlichen haben keinen einzigen delinquenten Freund.

Abbildung 6: Bekanntschaft mit delinquenten Freunden und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten, Cramers V=.206*)**



4. Freizeitzentren als Verstärkungsfaktoren von Jugendgewalt

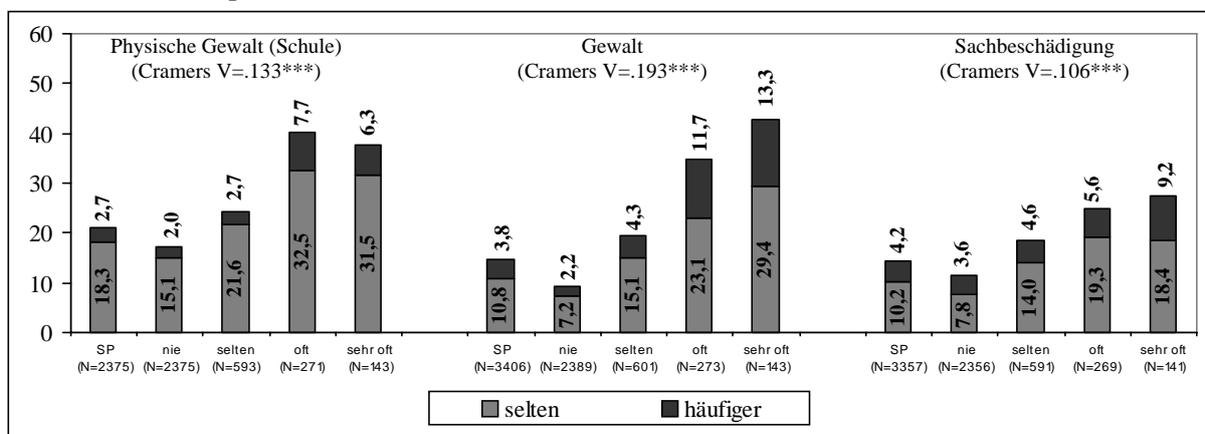
Der Abbildung 7 kann entnommen werden, dass Jugendliche, die häufiger Freizeitzentren besuchen, auch häufiger verschiedene Problemverhaltensweisen ausführen. Innerhalb des Schulkontextes haben diejenigen Jugendlichen am häufigsten physische Gewalt ausgeübt (jemanden getreten/geschlagen, mit einer Waffe bedroht bzw. erpresst oder gezwungen, Geld oder Sachen herzugeben), die oft oder sehr oft Freizeitzentren besuchen. Auf Jugendliche, die diese Orte nie aufsuchen, trifft dies am wenigsten zu. Von allen häufigen Besuchern der Freizeitzentren hat etwa jeder Dritte ein- bis sechsmal („selten“) im vergangenen Schulhalbjahr dieses Verhalten gezeigt; mindestens jeder 15. tat dies mehrfach monatlich bis mehrfach wöchentlich („häufiger“). Die Quoten der Jugendlichen, die nie Freizeitzentren besuchen, liegen um mindestens die Hälfte darunter.

⁷ Einschränkung ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass im Rahmen einer querschnittlich angelegten Untersuchung wie der vorliegenden nicht geklärt werden kann, ob bereits befreundete, delinquente Personen gemeinsam Freizeitzentren aufsuchen (Selektion) oder ob vielmehr das Freizeitzentrum die Möglichkeit schafft, vermehrt mit anderen, delinquenten Personen in Kontakt zu treten, die dann das Verhalten eines Jugendlichen negativ beeinflussen können (Sozialisation). Dieser Einwand gilt auch für andere Faktoren wie die Männlichkeitsnormen oder den Medienkonsum.

Eine sehr enge Beziehung findet sich weiterhin in Bezug auf Gewaltverhalten, dass auch außerhalb der Schule verübt wurde. Um diese zu erfassen, sollten die Jugendlichen angeben, ob und wenn ja, wie häufig sie im letzten Jahr eine Körperverletzung, einen Raub, eine Bedrohung mit Waffen oder eine Erpressung begangen haben. Selten trat dieses Verhalten auf, wenn es mindestens einmal aber weniger als fünfmal in den letzten zwölf Monaten ausgeübt wurde, häufig dagegen, wenn dies fünfmal und mehr geschehen ist (sog. Mehrfachtäter). Der Anteil an seltenen Gewalttätern ist in der Gruppe der sehr häufigen Freizeitzentrenbesucher mehr als viermal so hoch wie in der Gruppe der Jugendliche ohne Aufenthalt dort (29,4 zu 7,2 %); die Mehrfachtäterquote der sich sehr oft in diesen Einrichtungen aufhaltenden Personen liegt sogar um das sechsfache höher (13,3 zu 2,2 %). Insgesamt betrachtet ergibt sich für sie eine Quote von 42,7 %, die im letzten Jahr wenigstens eine Gewalttat verübt haben gegenüber 9,4 % der Jugendlichen, die nie Freizeitzentren besuchen.

Weniger eng, aber dennoch signifikant ist auch die Beziehung zwischen Sachbeschädigungen und der Häufigkeit des Besuchs von Freizeitzentren. Im Vergleich von Schülern, die ihre Freizeit nie im Jugendclub/-zentrum verbringen und denen, die dies sehr oft tun, ergibt sich ein mit den anderen betrachteten Delikten vergleichbares Bild: Die Täteranteile sind unter den sehr häufigen Besuchern mindestens doppelt so hoch wie in der Vergleichsgruppe. Damit ist freilich bisher nur belegt, dass es zwischen der Häufigkeit des Besuches von Freizeitzentren und der Jugendgewalt bzw. von Jugendlichen ausgeübten Sachbeschädigungen einen hoch signifikanten Zusammenhang gibt. Eine klare Ursache-Wirkung-Beziehung kann allein aus diesem Befund noch nicht abgeleitet werden.

Abbildung 7: Delinquentes Verhalten und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten; SP = Stichprobe)



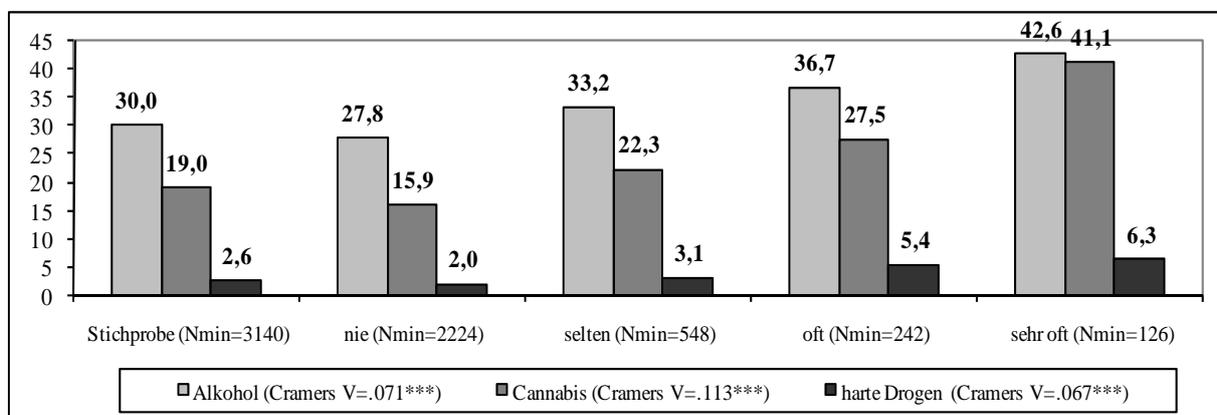
Neben delinquenten Verhaltensweisen lassen sich auch in anderen Bereichen abweichenden Verhaltens Zusammenhänge mit dem Besuch von Freizeitzentren konstatieren. Wir betrachten zunächst den Drogenkonsum. Die Jugendlichen wurden zur Erfassung des Drogenkonsums gebeten anzugeben, wie oft sie in den letzten zwölf Monaten u.a. folgende Drogen bzw. Rauschmittel konsumiert haben: Alkohol (Bier/Wein, Alcopops, Schnaps), Haschisch/Marihuana⁸, harte Drogen (Ecstasy, Speed, LSD, Kokain, Heroin⁹). Die Antwortmöglichkeiten waren „nie/kenne ich nicht“, „ein- oder zweimal“, „drei- bis zwölfmal“, „mehrmals im Monat“ und „wöchentlich bis täglich“. Während bei den illegalen Drogen bereits der ein-

⁸ Haschisch und Marihuana wird im Folgenden als Cannabis ausgewiesen.

⁹ Da hier genau wie beim Alkohol mehrere Drogen in einen Index eingehen, wurde jeweils die höchste Konsumhäufigkeit codiert. Hat ein Jugendlicher beispielsweise nur Heroin (und keine anderen harten Drogen) genommen, gilt er als Konsument harter Drogen.

malige Konsum als abweichend gelten kann, sind im Bereich des Alkoholkonsums vor allem die Jugendlichen gefährdet, die diese regelmäßig zu sich nehmen. Insofern sind die beiden Kategorien des mehrmals monatlichen bzw. des wöchentlich bis täglichen Konsums von besonderem Interesse. Hierbei zeigt sich (Abbildung 8), dass in der Gesamtstichprobe der Hannoveraner Neuntklässler etwa ein Drittel angibt, im vergangenen Jahr mindestens mehrfach monatlich Alkohol konsumiert zu haben (30,0 %), jeder fünfte hat mindestens einmal Cannabis probiert (19,0 %) und etwa jeder 40. Jugendliche harte Drogen (2,6 %). Jugendliche, die Jugendzentren in der Freizeit nicht besuchen, erreichen im Hinblick auf alle drei Formen des Drogenkonsums unterdurchschnittliche Werte. Am größten sind die Anteile an Konsumenten der verschiedenen Drogen hingegen unter jenen, die sich in diesen Einrichtungen sehr oft aufhalten. Im Vergleich zur ersten Gruppe konsumieren etwa anderthalb mal so viele Jugendliche regelmäßig Alkohol, fast dreimal so viele haben Cannabis zumindest probiert, mehr als dreimal so viele berichten vom Konsum harter Drogen.

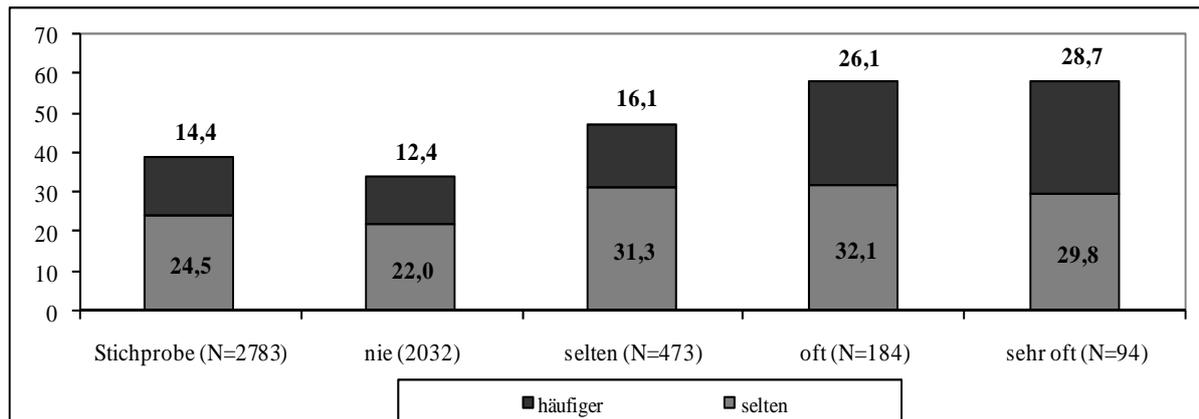
Abbildung 8: Alkoholkonsum (mind. mehrfach monatlich) und Konsum von Cannabis oder harten Drogen (mind. einmal im letzten Jahr) und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten)



Für den Alkoholkonsum bietet die Schülerbefragung die Möglichkeit einer zusätzlichen Auswertung an. Wir haben die Jugendlichen auch danach gefragt, ob sie im vergangenen Jahr schon einmal so viel Alkohol getrunken haben, dass sie so richtig betrunken gewesen sind. Wenn dies der Fall war, sollten sie angeben, wie häufig das in den letzten zwölf Monaten vorgekommen ist. Seltene Betrunkenerfahrungen haben Jugendliche gemacht, wenn sie mindestens einmal, aber weniger als fünfmal soviel Alkohol getrunken haben, dass sie richtig betrunken waren. Mindestens fünf solcher Erfahrungen werden in der Kategorie „häufiger“ ausgewiesen. Unter Ausschluss der muslimischen Jugendlichen, deren Alkoholkonsum aufgrund der Regelung des Drogenkonsums durch den islamischen Glauben sehr gering ausfällt, zeigt sich, dass jeder vierte Jugendliche im letzten Jahr seltener, jeder siebte häufiger Vollrauscherfahrungen gemacht hat (Abbildung 9). Auffallende Unterschiede existieren vor allem bei den häufigen Trunkheitserfahrungen. Während dies in der Gruppe der nicht dem Islam angehörenden Jugendlichen, die sich nie in Freizeitzentren aufhalten, unterdurchschnittlich häufig auftritt (12,4 %), ist der Anteil etwa doppelt so hoch in der Gruppe der Jugendlichen, die ihre Freizeit oft oder sehr oft in Jugendclubs/-zentren verbringen (26,1 bzw. 28,7 %).¹⁰

¹⁰ Dieser Zusammenhang findet sich im Übrigen auch in Analysen, die auf muslimische Jugendliche beschränkt werden, was darauf verweist, dass der Besuch dieser Einrichtungen auch für diese Jugendlichen im Hinblick auf den Drogenkonsum einen Risikofaktor darstellt: Von allen muslimischen Jugendlichen ohne Aufenthalt in Freizeitzentren (N=293) haben 5,1 % im vergangenen Jahr häufig Vollrauscherfahrungen angegeben. In der Gruppe der sehr häufigen Besucher (N=40) hingegen 20,0 %, also etwa viermal so viele.

Abbildung 9: Trunkenheitserfahrungen im letzten Jahr und Besuch von Freizeitzentren, 9. Jahrgangsstufe ohne muslimische Jugendliche (in %; gewichtete Daten, Cramers V=.124*)**



Jugendliche, die Freizeitzentren besuchen, erweisen sich zuletzt auch in Bezug auf das Schulschwänzen, einer weiteren Form abweichenden Verhaltens, als auffällig. Jugendliche, die nie Freizeitzentren besuchen, haben zu 8,6 % im letzten Schulhalbjahr die Schule fünf Tage und mehr geschwänzt (sog. Mehrfachschwänzer); die Quote bei jenen Jugendlichen, die sehr oft diese Zentren besuchen, liegt um fast das Dreifache höher (23,1 %). Wenn Jugendliche diese Orte oft aufsuchen, gehören sie zu 14,8 % der Gruppe der Mehrfachschwänzer an, wenn sie es selten tun zu 12,4 %.

Abschließend soll nun untersucht werden, inwieweit der Besuch von Freizeitzentren unter Kontrolle der bereits vorgestellten Faktoren für die Erklärung gewalttätigen Verhaltens bedeutsam ist. Hierfür werden logistische Regressionsanalysen durchgeführt. Die abhängige Variable stellt die Gewaltprävalenz dar, d.h. es soll mit Hilfe mehrerer unabhängiger Variablen erklärt werden, warum einige Personen im vergangenen Jahr mindestens eine Gewalttat begangen haben, andere hingegen nicht. Ausgegeben werden sogenannte Effektkoeffizienten, die bei Werten über 1 anzeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Gewalttat begangen zu haben durch diese Variable erhöht wird. Werte unter 1 hingegen deuten auf eine Verringerung des Risikos eigener Gewalttätigkeit hin. Werte nahe 1 bedeuten entsprechend, dass diese Variable keinen Einfluss auf die Vorhersage der Gewalttätigkeit hat.

Im ersten Modell in Tabelle 1 wird nur die Häufigkeit des Besuchs von Jugendclubs/-zentren zur Erklärung der Gewalttätigkeit im letzten Jahr aufgenommen. Dabei zeigt sich, dass das Risiko, eine Gewalttat begangen zu haben, für die Jugendlichen, die wenigstens gelegentlich ein Freizeitzentrum besuchen, mindestens doppelt so hoch ist wie für Jugendliche, die ihre Freizeit nie hier verbringen (Referenzkategorie). Ein im Vergleich zur Referenzgruppe besonders hohes Risiko eigener Gewaltdelinquenz weisen – übereinstimmend mit den deskriptiven Befunden – die Jugendlichen auf, die sich sehr oft in Freizeitzentren aufhalten.

Im zweiten Modell werden weitere Faktoren zur Erklärung der Gewaltbereitschaft eingeführt. Männliche Jugendliche haben danach im Vergleich zu Mädchen ein doppelt so hohes Risiko, im vergangenen Jahr eine Gewalttat begangen zu haben. Mit dem Besuch einer höheren Schulform reduziert sich zudem das Risiko einer Gewalttat. Gegenüber Gymnasiasten und Waldorfschülern weisen Hauptschüler ein mehr als doppelt so hohes Risiko auf. Schwere elterliche Gewalt erlebt zu haben erhöht ebenso wie der Konsum gewalthaltiger Medienformate die Bereitschaft zur Begehung einer Gewalttat. Ferner hat erhebliche Bedeutung, in welchem

Ausmaß die Befragten gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen akzeptieren. Gewalt reduzierend wirken sich mittlere bis hohe Selbstkontrollfähigkeiten eines Jugendlichen aus. Wer negative und langfristige Konsequenzen einer Handlung in seine Entscheidungen einbezieht und weniger spontan und impulsiv handelt, tritt seltener durch eine Gewalttat in Erscheinung. Das Risiko einer Gewalttat steigt zudem mit häufigem Schulschwänzen.

Beachtung verdient, dass zwei Einflussvariablen bei dieser multivariaten Analyse als eigenständige Ursachen von Gewalt ausscheiden, die bei einer bivariaten Betrachtung noch einen klaren Zusammenhang mit Jugendgewalt aufweisen: Armut sowie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe. Bei allen KFN-Schülerbefragungen und damit auch bei der, die wir 2006 in Hannover durchgeführt haben, hatte sich gezeigt, dass junge Migranten im Vergleich zu jungen Deutschen erheblich häufiger Gewalttaten begehen und dass auch im Vergleich der verschiedenen Migrantengruppen insoweit beträchtliche Unterschiede auftreten (vgl. u.a. Baier/Pfeiffer 2007). Ferner wird deutlich, dass das Aufwachsen in einer von Armut betroffenen Familie mit einer höheren Gewaltbereitschaft einhergeht. Die Bedeutung beider Einflussvariablen verschwindet jedoch, wenn man die anderen oben genannten Belastungsfaktoren in die Datenanalyse einbezieht. Anders ausgedrückt: Bei einem 15-jährigen Realschüler, der gewaltfrei erzogen worden ist, der selten oder nie gewalthaltige Medienformate konsumiert und kein Anhänger der Macho-Kultur ist, spielt die Frage, welcher ethnischen Gruppe er angehört oder ob seine Eltern arbeitslos sind, für seine Gewaltbereitschaft keine Rolle. Junge Türken beispielsweise oder von Armut betroffene Jugendliche sind unter solchen günstigen Rahmenbedingungen nicht häufiger gewalttätig als junge Deutsche oder Jugendliche, die aus finanziell abgesicherten Verhältnissen kommen (vgl. Baier/Pfeiffer 2008).

Anders verhält es sich aber nun mit jugendlichen Freizeitzentrenbesuchern. Wenn all die genannten Faktoren kontrolliert werden, reduziert sich zwar der Einfluss der Besuchshäufigkeit von Freizeitzentren auf das eigene Gewaltverhalten. Es bleibt aber dabei, dass der Freizeitzentrenbesuch für sich genommen das Risiko, Gewalttäter zu sein, beträchtlich erhöht.

Im dritten Modell wird zuletzt die Bekanntschaft mit delinquenten Freunden als Erklärungsfaktor aufgenommen, wobei von diesem ein starker Effekt ausgeht. Jugendliche mit fünf und mehr delinquenten Freunden haben ein mehr als neunmal so hohes Risiko, als Gewalttäter in Erscheinung zu treten, wie Jugendliche ohne delinquente Freunde. Auch nach Kontrolle dieses Faktors weisen Besucher von Freizeitzentren jedoch noch immer eine signifikant höhere Gewaltbelastung auf als Jugendliche, die sich nie an diesem Ort aufhalten. Neben der hohen Konzentration von problembelasteten, delinquenten Jugendlichen in diesen Zentren müssen demzufolge noch andere Faktoren eine Rolle spielen, die dieses erhöhte Risiko erklären. Die vorliegende Untersuchung kann hierauf keine abschließende Antwort geben, weil sie von ihrer Anlage her nicht dazu konzipiert war, die spezifischen Belastungen zu erfassen, die mit dem Besuch von Freizeitzentren verbunden sind. Wir können nur vermuten, dass sich aus der für die häufigen Besucher typischen Zusammenballung von Belastungsmerkmalen innerhalb dieser Gruppe eine Dynamik ergibt, die sich als gewaltfördernd auswirkt. In Bezug auf den Drogenhandel konnte das von Bucerius (2008a) im Wege ihrer qualitativen Studie, die sie zu den Aktivitäten einer Gruppe von Besuchern eines Frankfurter Jugendzentrums durchgeführt hat, aufgezeigt werden. Dieses Jugendzentrum war dort, ohne dass dies Polizei oder Mitarbeiter der Einrichtung gemerkt hatten, zu einem zentralen Umschlagplatz für Drogen aller Art geworden. Die Arbeit von Bucerius legt nahe, auch zu den hier dargestellten Befunden eine ergänzende qualitative Untersuchung zu realisieren, die sich der Frage widmet, wie es zu der

mit der Regressionsanalyse belegten Wirkung von Freizeitzentren kommt. Eines kann jedoch schon heute festgehalten werden: Der Besuch von Freizeitzentren erweist sich auch unter Berücksichtigung einer Reihe zentraler Risikofaktoren als eigenständiger Verstärkungsfaktor für gewalttätiges Verhalten.

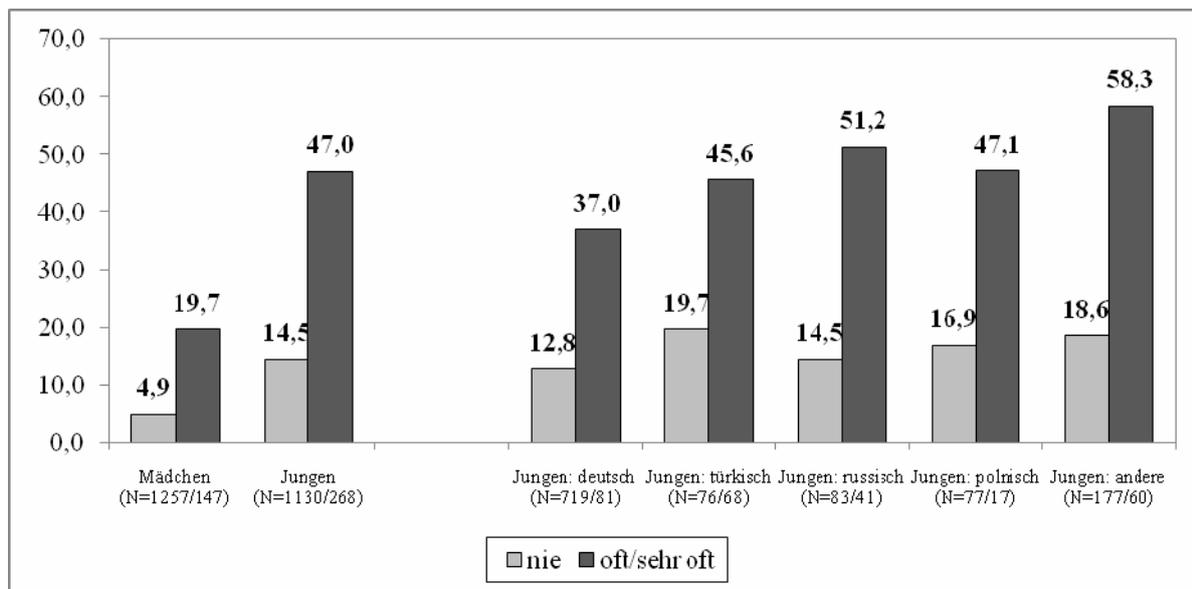
Tabelle 1: Einflussfaktoren gewalttätigen Verhaltens, 9. Jahrgangsstufe ohne Förderschüler (logistische Regression; abgebildet: Exp(B); gewichtete Daten)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3
Besuch von Jugendclub/-zentrum: nie	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Besuch von Jugendclub/-zentrum: selten	2.317***	1.656**	1.441*
Besuch von Jugendclub/-zentrum: oft	5.092***	2.668***	2.215***
Besuch von Jugendclub/-zentrum: sehr oft	6.875***	2.539***	1.661*
Geschlecht: männlich		2.089***	2.234***
Hauptschule		1.902***	1.856**
Realschule		1.486*	1.342
Gesamtschule		1.253	1.212
Gymnasium/Waldorf		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
deutsch		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
türkisch		0.813	0.854
russisch		0.808	0.791
polnisch		0.653	0.625
andere		1.251	1.265
keine Elterngewalt		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
leichte Elterngewalt		1.107	1.074
schwere Elterngewalt		1.548**	1.422*
Sozialhilfebezug: ja		1.173	1.233
Konsum gewalthaltiger Medien: nie/selten		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Konsum gewalthaltiger Medien: mittel		1.875**	1.628*
Konsum gewalthaltiger Medien: häufig		2.893***	2.316***
Selbstkontrolle: gering		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Selbstkontrolle: mittel		0.253***	0.269***
Selbstkontrolle: hoch		0.091***	0.117***
Männlichkeitsnormen: Ablehnung		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Männlichkeitsnormen: teils/teils		2.014***	1.821***
Männlichkeitsnormen: Zustimmung		3.135***	2.576***
Schulschwänzen: nie		<i>Referenz</i>	<i>Referenz</i>
Schulschwänzen: mind. einmal bis unter 5 Tage		2.039***	1.662***
Schulschwänzen: 5 Tage und häufiger		2.857***	2.037***
Delinquente Freunde: keine			<i>Referenz</i>
Delinquente Freunde: 1 bis 4			3.221***
Delinquente Freunde: 5 und mehr			9.423***
Nagelkerkes R²	.098	.389	.449
N	3319	3319	3319

*** p<.001 ** p<.01 *p<.05

Dieser gewaltsteigernde Effekt der Freizeitzentren findet sich für beide Geschlechter und für alle ethnischen Gruppen, wie die nachfolgende Abbildung 10 verdeutlicht. Mädchen, die nie in Freizeitzentren gehen, haben zu 4,9 % eine Gewalttat in den letzten zwölf Monaten ausgeführt, Mädchen, die sich oft oder sehr oft dort aufhalten, zu 19,7 %. Auch Jungen sind dann häufiger Gewalttäter, wenn sie mehr in Freizeitzentren gehen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen der Nicht-Besucher und der häufigen Besucher fallen bei allen ethnischen Gruppen in Bezug auf die männlichen Befragten sehr deutlich aus. Der gewaltsteigernde Effekt der Freizeitzentren ist also auch in dieser Hinsicht ein stabiler Befund.

Abbildung 10: Gewaltverhalten und Besuch von Freizeitzentren nach Geschlecht und ethnischer Herkunft, 9. Jahrgangsstufe (in %; gewichtete Daten)



5. Vorschlag für einen Modellversuch

Die Erkenntnis, dass sich Freizeitzentren als eigenständige Verstärkungsfaktoren von Jugendgewalt auswirken, ist erst einmal für all die Personen, die in solchen Einrichtungen engagierte pädagogische Arbeit leisten, eine schockierende Botschaft. Die Tatsache, dass sich in unserer Untersuchung in Bezug auf Hauptschulen ein entsprechender Befund gezeigt hat (Baier/Pfeiffer 2007a), bietet hier nicht wirklich Entlastung. Sie macht allerdings eines deutlich: Beide Einrichtungen leiden heute unter demselben Phänomen. Freizeitzentren und Hauptschulen sind in die Krise geraten, weil sie heute primär von Jugendlichen besucht werden, die persönlich sowie in ihrem familiären und sozialen Umfeld stark belastet sind und häufig gleich mehrere dieser Problemfaktoren aufweisen: innerfamiliäre Gewalt, ein hoher und stark gewaltorientierter Medienkonsum, niedrige Schulbildung mit damit verbundenen schlechten Perspektiven für die berufliche Ausbildung, häufiges Schulschwänzen, Drogen- und Alkoholkonsum, eine ausgeprägte Machoorientierung und breite Delinquenzerfahrungen. Aus dieser Konstellation ergibt sich unter den Jugendlichen eine Gruppendynamik, der pädagogisch schwer zu begegnen ist.

In den Hauptschulen wird die Aufgabe der Lehrer dadurch etwas erleichtert, dass ein klar strukturiertes Programm dazu vorgegeben ist, was in der Schule stattzufinden hat. Das Beispiel der Rütli-Schule aus Berlin zeigt allerdings, dass selbst das nicht immer ausreicht, um einen einigermaßen geordneten Betrieb der Einrichtung zu gewährleisten. Die Tatsache, dass es den Hauptschulen ganz überwiegend gelingt, mit einer Jahr für Jahr höher belasteten Schülerschaft einigermaßen auf Kurs zu bleiben und den Schulauftrag zu erfüllen, verdient hohe Anerkennung und Respekt. Und trotzdem hat der Schultyp mittelfristig keine Chance zu überleben, weil die Eltern der Grundschüler sich verständlicherweise von ihm abwenden. Angesichts von nur noch 4 % der Absolventen von Grundschulen, die in Hannover zum Schuljahr 2008/2009 für die Hauptschule angemeldet wurden, ist absehbar, dass es hier schrittweise zu einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen sowie zur Neugründung von Integrierten Gesamtschulen kommen wird.

Bei den Freizeitzentren erscheint es erheblich schwieriger, auf die dargestellten Probleme eine konstruktive Antwort zu finden. Die dort tätigen Sozialpädagogen befinden sich in einem Di-

lemma. Natürlich ist ihnen bewusst, dass sich auch in ihren Einrichtungen die Klientel im Laufe der Jahre schrittweise in die Richtung entwickelt hat, die unsere Bestandsaufnahme des Jahres 2006 dokumentiert. Sie haben aber nur sehr begrenzte Chancen, dem entgegen zu steuern, weil den weniger belasteten Jugendlichen von ihren Familien in aller Regel attraktivere Freizeitalternativen ermöglicht werden. Hinzu kommt, dass es sich bei der typischen Zielgruppe von Freizeitzentren vor allem um Jugendliche handelt, die von einem sehr hohen Medienkonsum geprägt sind. Gerade bei denen unter ihnen, die zudem Wert auf gute Schulleistungen legen und deshalb ihre Nachmittage und Abende auch für Schularbeiten und Lernen nutzen wollen, bleibt dann neben Computerspielen und Fernsehen kaum noch Zeit, Jugendzentren zu besuchen. Das hat wiederum zur Folge, dass es sich bei der Klientel der Jugendzentren primär um die weniger leistungsorientierten Jugendlichen handelt. Beide genannten Faktoren dürften sich in den nächsten Jahren weiter verstärken.

So lassen die insgesamt rückläufigen Schülerzahlen erwarten, dass die Perspektiven der nachmittäglichen Freizeitgestaltung der Jugendlichen sich insgesamt gesehen eher verbessern werden, weil die vorhandenen Ressourcen auf weniger Köpfe verteilt werden können. Unser Forschungsbericht zur Jugendgewalt in Hannover hat ferner aufgezeigt, dass es seit 1998 in der Stadt in steigendem Maß gelungen ist, insbesondere die jungen Migranten besser in das Schulsystem zu integrieren. So hat sich die Quote der jungen Türken, die einen Realschulabschluss oder das Abitur anstreben, zwischen 1998 und 2006 von 52,9 % auf 67,5 % erhöht. Dies hat positive Auswirkungen auf die Schulmotivation. Ein Indikator ist hier beispielsweise die Quote der Jugendlichen, die der Schule unentschuldig fern bleiben. Das intensive Schulschwänzen (fünf und mehr Tage pro Halbjahr) ist in Hannover zwischen 2000 und 2006 von 18,8 auf 10,7 % zurückgegangen (bei den türkischen Jugendlichen von 25,9 auf 14,6 %). Je mehr aber Jugendliche aus sozialen Randgruppen hoffen können, sich durch schulische Anstrengungen gute Perspektiven für ihre berufliche Zukunft erarbeiten zu können, umso weniger ist zu erwarten, dass sie an Nachmittagen oder Abenden neben dem für ihre Gruppe typischen Medienkonsum noch Interesse an Besuchen von Freizeitzentren entwickeln werden.

Damit erscheint die Sorge begründet, dass sich jedenfalls in Hannover in den nächsten Jahren an der Zusammensetzung der Klientel von Freizeitzentren wenig ändern wird. Eher ist eine weitere Verdichtung sozialer Randgruppen zu erwarten. Damit aber stehen die dort tätigen Sozialpädagogen vor einem schwer zu lösenden Zielkonflikt. Wenn sie offensiv versuchen, durch spezifische Angebote und direkte Ansprache die aus unseren Forschungsdaten erkennbar werdenden Probleme zum Inhalt ihrer pädagogischen Arbeit zu machen, ist zu befürchten, dass die Besucherzahlen zurückgehen. Beschränken sie sich aber auf die Rolle der freundlichen Gastgeber, die erst dann spezifische sozialpädagogische Aktivitäten entfalten, wenn einzelne Jugendliche durch ihr aktuelles Verhalten dazu Anlass geben, dann können sie dem oben beschriebenen Gewaltverstärkungseffekt, den der Besuch von Jugendzentren nun einmal entfaltet, zu wenig entgegenwirken.

Angesichts dieser Ausgangslage empfehlen wir eine auf den ersten Blick radikal wirkende Alternative ins Auge zu fassen: die schrittweise Verlagerung der Offenen Jugendarbeit in Ganztagschulen und parallel dazu die schrittweise Schließung von Freizeitzentren. Voraussetzung hierfür ist freilich, dass Schulen, die ein Ganztagsprogramm entwickeln, die Möglichkeit erhalten, nachmittags ein Motto zu realisieren: Lust auf Leben wecken durch Sport, Musik, Kultur und soziales Lernen. Hierfür müssen an der Schule nicht nur personelle Voraussetzungen durch die Einrichtung der erforderlichen Planstellen geschaffen werden. Ebenso

wichtig erscheint, dass die räumlichen Voraussetzungen dafür eingerichtet werden, ein inhaltlich anspruchsvolles Nachmittagsprogramm umzusetzen, das es ermöglicht, den Jugendlichen auch nach 16 Uhr bis in die frühen Abendstunden attraktive Angebote zu vermitteln. Diese Ganztagschulen müssen dadurch zu Stadtteilzentren (in kleineren Gemeinden also zu Ortszentren) umgestaltet werden, denen im sozialen Gefüge ihres Einzugsgebietes eine stark erweiterte Funktion zukommt.

Der Vorteil eines derartigen Konzepts, das seit langem erfolgreich in Kanada, Neuseeland oder den skandinavischen Ländern umgesetzt wird, liegt auf der Hand. Die im Nachmittags- und Abendprogramm der Ganztagschule eingesetzten Sozialpädagogen sind nicht darauf beschränkt, spezifische Angebote für Jugendliche aus sozialen Randgruppen zu entwickeln. Durch ihre Einbettung in eine Ganztagschulkultur wird es ihnen ermöglicht, gewissermaßen aus dem Vollen zu schöpfen. Für die bisherige Klientel der Freizeitzentren wiederum bringt dieses Konzept die große Chance aus ihrer sozialen Isolation herauszufinden und in besser durchmischte Freundschaftsnetzwerke hineinzuwachsen.

Zur Erprobung der hier vorgestellten Idee empfehlen wir, in Hannover einen von wissenschaftlicher Evaluationsforschung begleiteten Modellversuch durchzuführen. In einem Stadtteil mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Jugendlichen aus sozialen Randgruppen müsste hierzu eine Ganztagschule gefunden werden, in deren Nähe bisher ein Jugendzentrum existierte. Ideal wäre es, wenn es sich bei der Schule um eine Integrierte Gesamtschule handelt, deren Räumlichkeiten mit vertretbarem Aufwand dazu umgestaltet werden können, nachmittags und am frühen Abend die Funktion eines Stadtteilzentrums zu übernehmen. Das Nachmittagsprogramm der Schule müsste durch Kooperation mit Sportvereinen, mit einer Musikschule und anderen interessierten Einrichtungen so erweitert werden, dass es dem oben skizzierten Anspruch gerecht wird. Für den Erfolg des Konzepts wäre es ferner von hoher Bedeutung, aus dem Stadtteil ehrenamtliche Kräfte dafür zu gewinnen, dass programmatische Angebot der Schule differenziert zu gestalten und Mittel dafür einzuwerben, den finanziellen Handlungsspielraum der Schule beträchtlich zu erweitern. Und schließlich müsste das Freizeitzentrum geschlossen werden. Die dadurch frei werdenden sozialpädagogischen Kräfte wären in das pädagogische Team der Schule zu integrieren und würden dort Aufgaben wahrnehmen, die sich aus dem Gesamtkonzept der Stadtteilschule entwickeln.

Literaturverzeichnis

Agnew, R., Petersen, D.M. (1989). Leisure and Delinquency. *Social Problems*, 36, 332-250.

Anderson, C.A., Bushman, B.J. (2001). Effects of Violent Video Games on Aggressive Behavior, Aggressive Cognition, Aggressive Affect, Physiological Arousal, and Prosocial Behavior. *Psychological Science*, 12, 353-359.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2007). *Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen - Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention*. KFN: Forschungsberichte Nr. 100.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2007a). Hauptschulen und Gewalt. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28, 17-26.

Baier, D., Pfeiffer, C. (2008). Türkische Kinder und Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt. In: Brumlik, M. (Hrsg.), *Ab nach Sibirien – Wie gefährlich ist unsere Jugend?* Manuskript im Druck.

Baier, D., Pfeiffer, C., Windzio, M. (2006). Ethnische Gruppen und Gewalt. Junge Migranten als Opfer und Täter. In: Heitmeyer, W., Schrötte, M. (Hrsg.), *Gewalt*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 240-268

Benninghaus, H. (2005). *Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler*. Wiesbaden: VS Verlag.

Bucerius, S. M. (2008). Drogendealer im Spannungsfeld zwischen islamischen Werten, Alltag in Deutschland und Kriminalität. *Zeitschrift für Soziologie*, 37, 246-265.

Bucerius, S. M. (2008a). *Migration und informelle Ökonomie*. Dissertation. Universität Frankfurt.

Dunning, E. (2002). Gewalt und Sport. In: Heitmeyer, W., Hagan, H. (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 1130-1152.

Enzmann, D., Brettfeld, K., Wetzels, P. (2004). Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. In: Oberwittler, D., Karstedt, S. (Hrsg.), *Soziologie der Kriminalität*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 240-263.

Fuchs, M., Lamnek, S., Luedtke, J., Baur, N. (2005). *Gewalt an Schulen. 1994-1999-2004*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Goldberg, B. (2003). *Freizeit und Kriminalität bei Jugendlichen. Zu den Zusammenhängen zwischen Freizeitverhalten und Kriminalität*. Baden-Baden: Nomos.

Hadjar, A., Baier, D., Boehnke, K., Hagan, J. (2007). Juvenile Delinquency and Gender Revisited: The Family and Power-Control Theory Reconceived. *European Journal of Criminology*, 4, 33-58.

Kreager, D. A. (2007). Unnecessary Roughness? School Sports, Peer Networks, and Male Adolescent Violence. *American Sociological Review*, 72, 705-724.

Kunczik, M., Zipfel, A. (2004). *Medien und Gewalt. Befunde der Forschung seit 1998*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Lösel, F., Bliesener, T. (2003). *Aggression und Delinquenz unter Jugendlichen. Untersuchungen von kognitiven und sozialen Bedingungen*. Neuwied: Luchterhand.

Mahoney, J. L., Stattin, H. (2000). Leisure time activities and adolescent anti-social behavior: The role of structure and social context. *Journal of Adolescence*, 23, 113-127.

Mahoney, J. L., Stattin, H., Magnusson, D. (2001). Youth leisure activity participation and individual adjustment: The Swedish youth recreation center. *International Journal of Behavioral Development*, 25, 509-520.

Mahoney, J. L., Stattin, H., Lord, H. (2004). Unstructured youth recreation centre participation and antisocial behaviour development: Selection influences and the moderating role of antisocial peers. *International Journal of Behavioral Development*, 28, 553-560.

Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2007). *Bildschirmmedien im Alltag von Kindern und Jugendlichen*. Baden-Baden: Nomos.

Pfeiffer, C., Baier, D. (2008). Eine Folge mangelnder sozialer Integration. Zur Gewalttätigkeit junger Migranten. *Treffpunkt. Magazin für Migration und Integration*, 1/2008, 21 -28.

Pfeiffer, C., Möble, T., Kleimann, M., Rehbein, F. (2008). *Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums. Eine Analyse auf der Basis verschiedener empirischer Untersuchungen*. KFN: <http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/pisaverlierer.pdf>.

Pöge, A. (2007). Soziale Jugendmilieus und Delinquenz. In: Boers, K., Reinecke, J. (Hrsg.), *Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie*. Münster: Waxmann. S. 201-240.

Rabold, S., Baier, D., Pfeiffer, C. (2008). *Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover. Aktuelle Befunde und Entwicklungen seit 1998*. KFN: Forschungsberichte Nr. 105.

Reinecke, J. (2005). *Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften*. München: Oldenbourg Verlag.

Wetzels, P., Enzmann, D. (1999). Die Bedeutung der Zugehörigkeit zu devianten Cliques und der Normen Gleichaltriger für die Erklärung jugendlichen Gewalthandelns. *DVJJ-Journal*, 164, 116-131.

Anhörung Hannover

Zunächst: Ich teile mit Kollegen Pfeiffer die Einschätzung, dass die gegebenen Strukturen von Schule und Jugendarbeit dem Ziel nicht gerecht werden, alle Jugendlichen zum Aufbau einer für sie anstrengenswerten und realisierbaren Berufs- und Lebensperspektive zu verhelfen. Ich teile auch die Einschätzung, dass offene Jugendarbeit nicht als die umfassende Lösung für die Problemlagen benachteiligter Jugendlicher verstanden werden kann. In deutlichem Gegensatz zu Kollegen Pfeiffer halte ich jedoch die Folgerung, dass die offene Jugendarbeit abgeschafft und die Personalstellen in Ganztageschulen integriert werden sollen, nicht. Dies möchte ich knapp in der Form von X Thesen begründen.

1. Die Ausgangsthese der aktuellen Debatte, der Besuch von Jugendzentren sei ein eigenständiger Verstärkungsfaktor von Gewalt, ist meines Erachtens in keiner Weise plausibel. Diese Folgerung ist von den präsentierten Daten nicht gedeckt. (Dazu ausführlicher: Stellungnahme der Expertengruppe) (*Eine theoretische Begründung für die Vermutung, Jugendzentrumsbesuch sei ein eigenständiger Gewaltfaktor, findet sich aber bei Pfeiffer/Rabold/Baier nicht. Ob die untersuchten Jugendlichen, würden sie sich andernorts treffen, mehr oder weniger gewalttätig wären, als sie es nach eigenen Angaben sind, kann auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht entschieden werden. Es könnte also ebenso gut sein, dass der Aufenthalt in einer solchen Freizeitstätte eine noch weitergehende Devianz der Jugendlichen verhindert.*)

Falls diese Daten für Hannover als valide zu betrachten sind, also davon auszugehen wäre, dass in Hannover gewaltbereite Jugendliche unter den Jugendzentrumsbesuchern überrepräsentiert sind, wäre hierin ein Sonderfall zu sehen, der mit den Erfahrungen in anderen Städten und Regionen nicht übereinstimmt. Entsprechend wäre dann erst noch zu untersuchen, was dem zu Grunde liegt. Dringend geboten wäre eine die konkreten sozialen Kontextbedingungen differenziert analysierende Studie zu Situation der offenen Jugendarbeit.

2. Selbst ein flächendeckender Ausbau von Ganztageschulen könnte die Offene Jugendarbeit nicht ersetzen. Denn erstens endet auch Ganztageschulen um 16 oder 17h und führen nicht

zu einer umfassenden Verschulung der Freizeit Jugendlicher. Zweitens sind nicht aller Jugendlichen Schüler, sondern einer erheblichen Teil nach dem 16. Lebensjahr Auszubildende, Teilnehmer von Maßnahmen im Übergangssystem oder arbeitslos. Und es ist sicherlich nicht anstrebenswert, die Freizeit Jugendlicher nach und jenseits der Ganztageschule kommerziellen Anbietern zu überlassen. Drittens - und das ist m.E. das zentrale Argument, hat Offene Jugendarbeit eine strukturell andere Grundlage als Schulen. Grundlegend ist hier das Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme und eine darin begründete Pädagogik, die auf der Herstellung von Arbeitsbündnissen und Beziehungen beruht, die grundlegend an den Bedürfnissen und Interessen Jugendlicher anknüpfen. Diese Prinzipien können von Schulen nicht adaptiert werden, ohne die Schulpflicht außer Kraft zu setzen.

3. Vorliegende Studien zeigen auf, dass Offene Jugendarbeit von Jugendlichen als ein eigenständiger Erfahrungs- und Bildungsort erfahren wird, dessen Bedeutung nicht zuletzt darin liegt, dass hierin Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Anerkennung möglich werden, die nicht von den Bedingungen schulischen Lernens überformt sind. Dabei reicht das Spektrum von Formen der Offenen Jugendarbeit, die auf kulturelle sowie politische Bildung ausgerichtet sind bis zu einer stärker sozialarbeiterischen Variante, in deren Zentrum informelle Beratung und konkrete Unterstützungsleistungen stehen. Auch das Negativbild einer offenen Jugendarbeit, in der sich überforderte und demotivierte Sozialpädagogen Cliques problematischer Jugendlicher gegenübersehen, hat eine empirische Entsprechung. Diese kennzeichnet jedoch nicht Offene Jugendarbeit generell, sondern die Situation in personell und materiell schlecht ausgestatteten Einrichtungen. Diesem Negativbildung entsprechend aber auch eine Realität Schulen, für die Lehrer beschreiben, dass Unterricht kaum mehr stattfindet und sie sich selbst in der Rolle von Sozialarbeitern vorfinden, der sie jedoch nicht gerecht werden können.

4. Der harte Kern des Problems, auf das Kollege Pfeiffer hinweist, sind Strukturen des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems, die einer Teilgruppe Jugendlicher mit Erfahrung des Scheiterns, der Ausgrenzung und der Perspektivlosigkeit ausstattet; Strukturen, die es solchen Jugendlichen unmöglich machen, ein positives Selbstbild auf der Grundlage erfolgreicher Bildungsprozesse und im Hinblick auf eine erreichbare berufliche Biografie zu entwickeln. Die überwiegende Zahl dieser Jugendlichen wird im Übrigen keineswegs gewalttätig, sondern resigniert oder sucht sich sozial unauffällige Kompensationen. Dass es provokanter Thesen (etwa zum Zusammenhang von Jugendzentrumsbesuch und Gewalt

bedarf), damit diese Problematik wahrgenommen wird, ist Teil des Problems, Ausdruck der die Gewöhnung an die Normalität des Scheiterns und der Perspektivlosigkeit eines erheblichen Teils der Jugendlichen. Darauf bezogen genügt es nicht, und auch darin sehe ich eine Übereinstimmung, einfach nur defensiv an den etablierten Strukturen der Jugendarbeit festzuhalten, aber es genügt ebensowenig, den Ausbau von Ganztageschulen zu fordern. Für den schulischen Bereich ist vielmehr eine grundlegende Strukturreform im Sinne der Entwicklung integrativer Schulen zu fordern, die auf Selektion verzichten. Für die Offene Jugendarbeit ist es erforderlich, zunächst konzeptionelle Klärungen vorzunehmen und auf dieser Grundlage eine Weiterentwicklung in Gang zu setzen: Konzeptionell klärungsbedürftig ist zentral, ob bzw. welche Einrichtungen als ein Erfahrungs- und Bildungsort für alle Jugendlichen im Sinne des KJHG betrachtet werden können: oder aber ob ein Teil der Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit Funktionen übernehmen kann oder soll, die klassisch der Jugendsozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten und dem Allgemeinen Sozialen Dienst zugewiesen sind. Letzteres würde aber eine erhebliche Aufgabenverschiebung bedeuten und müsste zu einem Ausbau der Jugendarbeit führen. Denn die klassische Aufgabe Offener Jugendarbeit ist nicht ersetzbar. Soll die Jugendarbeit darüber hinaus wirksam zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen beitragen, benötigt sie eine personelle und sachliche Ausstattung, die dies auch tatsächlich ermöglicht.

**Anhörung im Jugendhilfeausschuss zum Thema der KFN-Studie
„Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?“**

(Montag, 25.08.2009, 14:00, Hodler-Saal, Neues Rathaus)

Vorbemerkung:

- ⇒ Einschätzung der KFN-Studie aus psychologischem bzw. sozialpsychologischem Blickwinkel (d.h. **nicht** sozialpädagogisch)
- Vorab eine grundsätzliche Anmerkung: es handelt sich um eine gründliche, methodisch außerordentlich versierte quantitative (repräsentative) Studie. Die reichhaltigen Befunde der Befragungen und ihre statistische Auswertung liefern wichtige Erkenntnisse über das Ausmaß der Jugenddelinquenz in Hannover, zumindest einen breiten Überblick über die subjektiven Angaben der interviewten Jugendlichen;
- besonders wichtig dabei: Nachweis der sozialen und ökonomischen Benachteiligung von Jugendlichen aus Einwandererfamilien und die besondere Bedeutung, die einer Verbesserung ihrer Bildungschancen zukommt; neu und wichtig ist auch der erstmalige Stadtteilbezug der Befragung, auch wenn sich selbstverständlich aus den entsprechenden Angaben der Befragten Neuntklässler nur Anhaltspunkte ergeben, aber kein verlässliches objektives Bild über die tatsächliche Sicherheitslage (Gewalt- und Kriminalitätsbelastung) in den jeweiligen Stadtteilen ableitbar ist;
- Nun aber zum strittigen Punkt der heutigen Anhörung: nach intensiver Beschäftigung mit der gesamten KFN-Untersuchung, den vorliegenden Kommentaren und Auseinandersetzungen sowie nach einigen ausführlichen Gesprächen mit jungen Studierenden im Rahmen eines fachlich einschlägigen Forschungs-Lern-Seminars im Fach Sozialpsychologie an der Leibniz Universität komme ich - selbstverständlich ohne die Probleme jugenddelinquenten Verhaltens in irgendeiner Form bagatellisieren zu wollen - zu folgendem Schluss:

Die in der KFN-Studie entwickelte These, die außerschulischen Freizeit- und Jugendeinrichtungen seien ein Ort der Verstärkung von Jugenddelinquenz (laut SPIEGEL: „Brutstätten der Gewalt“) halte ich für nicht gerechtfertigt und die daraus abgeleitete Forderung, diese Einrichtungen sollten nach und nach geschlossen bzw. als Nachmittagsangebote in (Ganztags)-Schulen integriert werden, fachlich gesehen für einen unbegründeten Vorschlag, von dessen Umsetzung zudem jugend- und integrationspolitisch ein vollkommen falsches Signal ausgehen würde;

Die Gründe für diese Auffassung lassen sich an folgenden drei Punkten festmachen (aus Zeitgründen: in Thesenform mit kurzen Erläuterungen):

1. Methodischer Einwand: Die strittige These und die aus ihr abgeleiteten Schlüsse lassen sich aus der Studie selbst weder ableiten noch begründen

- Hier wird eine statistische **Korrelation** (d.h. eine Wechselbeziehung zwischen zwei erhobenen Daten) in den Rang einer **Kausalität** (einer direkten Ursache-Wirkungs-Beziehung) nach der Logik erhoben: **weil** männliche Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus sozial und bildungsbezogen benachteiligten Milieus offenbar eine höhere (zumindest im Fragebogen bekundete) Gewaltbereitschaft aufweisen und **gleichzeitig** häufiger Jugendzentren aufsuchen, als andere, die wiederum weniger delinquenzbelastet zu sein scheinen, **müssen** diese Orte als Hoch-Risikofeld und Verstärkungsfaktor für delinquentes Verhalten gewertet **und** daher „folglich“ geschlossen werden (S. 78 f.)

Ein klarer Beweis, dass Jugendzentren die Wahrscheinlichkeit von Jugendgewalt faktisch erhöhen, ist dieses methodisch fragwürdige Verfahren mit Sicherheit nicht. Möglich ist daher, dass in die Datenauswertung etwas hineininterpretiert wird, was aus anderen Quellen stammt, sich aber nicht aus den Daten selbst ableiten lässt;

- das auf der Basis dieses Konstrukts gewonnene Bild: Jugendzentren = Treffpunkt von gewaltbereiten Jugendlichen, die unkontrolliert und mittels gegenseitig verstärkender Beeinflussung durch Gleichgesinnte ihrer Delinquenzneigung nachgehen ist eine blanke Spekulation, die an der Realität in den Jugendzentren offenkundig vorbeigeht (vgl. Stellungnahme der ExpertInnen aus der Sozialpädagogik);
- die zur Erklärung dieses Ansteckungsphänomens herangezogene „Theorie“ des Behaviorismus (Lerntheorie) ist komplexer und lässt sich vor allem nicht „ganz einfach“ auf Relationen in einem Beziehungsfeld anwenden, auf das spekulativ geschlossen, das aber nicht selbst untersucht worden ist;
- fraglich ist hier also: die Definition von Risikozonen geht nicht vom Ort und seiner Untersuchung aus, sondern von statistisch ausgewerteten Fragebogenangaben, die mögliche Rückschlüsse über typische Wahrnehmungen und Einstellungen im Umgang mit delinquentem Verhalten Ort ziehen, nicht aber über die tatsächlichen Verhältnisse in den angeklagten Jugend- und Freizeitzentren erkennen lassen;
- die Angabe in der Studie „Einstellungen“ würden mit „Verhalten“ zusammenhängen (S. 85) stimmt sicherlich irgendwie, ist aber banal. Sie klärt darüber hinaus nicht den (eben nicht messbaren) Unterschied zwischen: Gewaltphantasien, Gewaltbereitschaft und tatsächlicher Gewaltausübung, wovon in der Jugend-, Delinquenz- und insbesondere auch in der Männlichkeitsforschung aber strikt ausgegangen werden muss, soll der Unterschied zwischen Phantasie und Realität in der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen nicht verwischt werden (außerdem führen anonym angegebene Einstellungen natürlich nicht automatisch zu einem entsprechenden Verhalten);
- Kritik an der „Entmischungs-These“ in der Studie: die Veränderung der Zusammensetzung der BesucherInnen in den Jugendzentren während der letzten Jahre und Jahrzehnte weist auf Änderungen im Sozialgefüge (spezifische Ausgrenzungen und Marginalisierungserfahrungen von einer immer größer gewordenen Anzahl von Familien mit Migrationshintergrund) und nicht auf einen sozialdarwinistischen Verdrängungskampf hin (bei dem sich die „stärkeren“, also insbesondere die „Macho“-Jugendlichen durchsetzen). Daraus ließe sich mit

gutem Recht genau die gegenteilige Schlussfolgerung ziehen: Angebote für benachteiligte Jugend-Gruppen sind (bei einer Änderung des Klientels) eher gewaltmindernd und - vorbeugend (Prävention) d.h.: Jugendzentren verhindern nach wie vor sogar ein höheres Ausmaß von Jugenddelinquenz;

- daraus folgt auch: die (in einem Aufsatz der AutorInnen der KFN-Studie) monierte „Zusammenballung belasteter Jugendlicher“ ist gerade ein Zeichen für die Notwendigkeit von Jugendzentren und einer gezielten (außerschulischen) Jugendarbeit, um gerade das Absinken in Delinquenz zu verhindern (wenn 70 % nie in Jugendzentren verkehren, dann zeigt das um so mehr die Bedeutung für die restlichen „gefährdeten“ ca. 30 %);
- in den Argumenten, mit denen die Schließungsforderung in besagtem Aufsatz begründet werden, finden sich eine Reihe eher vager Spekulationen im Konjunktiv über den angeblich „schädlichen“ Einfluss von Jugendzentren: der Aufenthalt dort „scheint“ eher unstrukturiert zu sein, Kontrolle „dürfte“ eher gering ausfallen und Gewalteffekte „würden“ eher verstärkt werden, wenn die SozialpädagogInnen nur „freundliche Gastgeber“ wären, so dass die Schlussfolgerung „nahe liege“, Gewalt werde zumindest nicht eingedämmt oder gar verhindert. Das ist Spekulation und weist auf eine indirekt eingestandene Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in den Jugendzentren hin;

2. Der hier zur Diskussion stehende Vorschlag und seine Begründung gehen nicht nur an der Realität der Jugend- und Freizeitzentren, sondern auch an der konflikthafter Lebenswirklichkeit von Jugendlichen generell und insbesondere an den inneren und äußeren Krisen des männlichen Jugendalters vorbei

- das hier entworfene Bild einer Persönlichkeit als Bündel aus messbaren Einzelfaktoren und Einflussvariablen hat mit den komplexen äußeren Konfliktlagen im Jugendalter sowie ihren inneren Erfahrungs- und Verarbeitungsweisen nicht viel zu tun (damit mit den breiten und vielfältigen Befunden der Adoleszenzforschung);
- vernachlässigt werden dabei besonders: 1. die innere Dynamik der Adoleszenz (Krise des Jugendalters und notwendige Ablösung von Schule und Elternhaus); 2. die typischen Konfliktlagen männlicher Jugendlicher (Krise der „Männlichkeit“);
- Vor diesem Hintergrund ist die geforderte Integration der offenen außerschulischen Jugendarbeit in die Schule höchst problematisch, d.h. eine „Kultur des Hinschauens“ ist zwar wichtig, aber kann und darf nicht identisch sein mit umfassender „Kontrolle“;
- die fatale Botschaft für jugendliche Angehörige benachteiligter Migrantengruppen, die von einer solchen Maßnahme ausgehen würde lautet: „Wir wollen Euch ja und sind auch bereit, Euch zu ‚helfen‘, aber nur unter unseren kulturellen Bedingungen und unter unserer pädagogischer Kontrolle innerhalb staatlichen Institutionen“
- dabei wird vergessen, dass gerade die Schule in ihrer jetzigen Verfassung für Angehörige von Migrantengruppen ein Ort verstärkter Diskriminierungs-

erfahrungen (Beispiel: schlechtere Noten bei gleicher Leistung), + Selektions-Druck + allgemeiner Ablehnung / Anerkennungs-Defizite ist. Die Erfahrungen in der Schule erhöhen die Neigung zur Selbst-Ethnisierung (z.B. die Selbst-Stilisierung als „Türken“);

- die angedeutete Diskussion mit Studierenden hat darüber hinaus grundsätzlich bestätigt: mehr pädagogische Aufsicht und mehr Schule ist aus der Jugendperspektive wenig hilfreich und die Forderung nach noch mehr pädagogisch und sozialpädagogisch angeleitete Betreuung innerhalb der Institution Schule löste allgemeines Kopfschütteln aus. Alle halten außerschulische Angebote ohne eine durchgängige Pädagogisierung, Kontrolle und formaler Machtmittel für ungemein wichtig für die jugendliche Persönlichkeitsentwicklung;
- darüber hinaus haben insbesondere die qualitativen Interviews von TeilnehmerInnen des oben angedeuteten Forschungs-Lern-Moduls mit delinquenten Jugendlichen und „ExpertInnen“ in Jugendzentren, Gefängnissen, Jugendhilfe- und –bildungseinrichtungen usw. für mich schlüssig ergeben: gerade wegen der Bedeutung der offenen außerschulischen Jugendarbeit als konkurrenzlosem und notwendigem Freiraum vor allem für marginalisierte Jugendliche ist eine derart grundsätzliche Infragestellung fatal;
- mit dem Schließungsvorschlag geht einher: die Ausgrenzung von „Jugendkulturen“, die durchaus auch einen kreativen Umgang mit der Gemengelage: Anpassungsdruck, Verweigerung, Ausgrenzung usw. zum Ausdruck bringen;
- die in der Studie zur Verbesserung der „Bindung an die Schule“ propagierte „Lust auf Leben“ kann selbstverständlich (partiell) in der Schule erweckt und gefördert werden, fängt aber weitgehend (und daran müssten wir uns als Erwachsene eigentlich noch gut erinnern können) grundsätzlich erst dem Verlassen der Schule und ihren Leistungsanforderungen an; diese Forderung nach noch mehr „Verschulung“ zentraler Lebensräume geht an der inneren Wirklichkeit der Jugendlichen generell vorbei (d.h. natürlich nicht: das Verstehen der inneren Bedürfnis- und Konfliktlagen von Heranwachsenden mit „grenzenlosem Verständnis“ zu verwechseln);
- besonders prekär aber ist der Vorschlag für jene männlichen Jugendlichen die laut Studie zu den gewaltaffinen Problemfällen gehören und (in anderen Kontexten) wenig hilfreich (und fast denunziatorisch) pauschal als Angehörige einer „mediterranen Macho-Kultur“ bezeichnet werden (das bezieht sich insbesondere auf „türkischstämmige“ Jugendliche). Die einschlägige qualitative Forschung über den Zusammenhang von Männlichkeitsentwürfen, Jugendalter und türkischem (sowie anderem) Migrationshintergrund mit Gewaltbereitschaft zeigt, dass Gewalt unter bestimmten Bedingungen in allen Kulturen mit männlicher Dominanz und Vorherrschaft ein attraktives Mittel ist, um besonders in der Jugendkrise eine erwünschte Männlichkeit herzustellen, zu „reparieren“ oder wiederherzustellen, wenn sie als bedroht erlebt wird. Nicht gravierende und letztlich auf wesensmäßig kulturelle Unterschiede zurück geführte Unterschiede, sondern Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten in den typischen Konfliktregulierungsmustern treten damit in den Mittelpunkt;
- Kriminalität von jungen Männern erscheint somit weniger als Ausdruck einer kulturell vorgeprägten Männlichkeit, sondern als ein Mittel, eine erwünschte („hegemoniale“) Männlichkeit herzustellen (Spindler);

- zugespitzt folgt daraus: das Bild einer uns fremden, traditionalistischen Macho-Kultur aus dem mediterranen Raum (gemeint sind offenbar sogenannte anatolische „Hirtenvölker“) entlastet als Sündenbock auch von der Auseinandersetzung mit den in der westlichen Aufnahmegesellschaft vorherrschenden Männlichkeitsbildern und geschlechtsbezogenen sozialen Ungleichheiten (vgl. die Arbeiten von Bertol, Bukow, Spindler u.a. zur Rolle von sogenannten „Ethisierungsprozessen“);
- Der in diesem Zusammenhang inflationär bemühte Begriff „Kultur“ (bzw. „Kultur-Differenz“) ist dabei ebenso eine eher unbrauchbare Kategorie, wie die wertende Unterscheidung von (kulturell-rückständiger) „Tradition“ und (westlicher) „Moderne“, um die Beeinflussung dieser Dynamik durch migratorische, ethnische und geschlechtliche Faktoren angemessen zu erkennen (Gefahr des Ethnozentrismus); - daraus folgt die dritte These:

3. Zahlreiche neuere umfassende (qualitative) Studien aus den Bereichen der Jugend-, Migrations- und Gewaltforschung zeigen, dass das Bild gewaltbereiter männlicher, aus sozial benachteiligten und mit häuslicher Gewalt belasteten Familien stammenden Jugendlichen einseitig ist, wenn es mit dem ethnisch-kulturellen Merkmal „nicht-deutsch“ und insbesondere „türkisch“ oder „türkischstämmig“ verknüpft wird, wie in der vorliegenden Studie

- hier gibt die Studie einen wichtigen Hinweis: es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen ethnischer Herkunft und Jugenddelinquenz, d.h.: Jugendliche aus Migrationsmilieus haben geringere Anteile an Diebstahlsdelikten und Sachbeschädigung, aber etwas höhere bei Gewaltdelikten; die sei aber keine unmittelbare Folge ethnischer Zugehörigkeit, sondern erkläre sich aus den Lebensumständen von Migration und sozialer Benachteiligung (S. 97). Diese These wird aber an anderen Stellen mit einer höchst problematischen Auffassung von „Kultur“ und „ethnischen Zugehörigkeiten“ unterlaufen und infrage gestellt;
- es wird zu Recht (in Anlehnung an den Soziologen Bourdieu) die Ausgrenzung durch statushöhere Sozialschichten kritisiert, aber gleichzeitig das „richtige Verständnis von Kultur“ und der „richtige Umgang mit Kulturprodukten“ (S. 62) als Gegenmittel gefordert, was ein „Aufwachsen in der Hochkultur“ (!!!) erfordere, das bei den Migrationsjugendlichen eben nicht vorhanden sei und daher nicht ohne weiteres nachgeholt werden könne; diese These ist entgegen der Intention Bourdieus, der damit u.a. gerade die Machtmittel der hegemonialen Kultur und ihrer Vertreter anprangert, zu sehr affirmativ an bildungsbürgerlichen Idealen mit folgenden Kriterien für den Besitz von „kulturellem Kapital“ orientiert: Oper, Ballett, Klassikkonzert, klassische Literatur, Besitz von Kunstwerken, Musikinstrumenten und Büchern;
- ⇒ Logik: 1. diese Bildungsgüter sind in türkischen Familien nicht besonders verbreitet (daher: mehr Schule!!); aber Bourdieu meint dagegen: a) Nachholen braucht immer Zeit (und Umwege), die in Zeiten des erhöhten Leistungsdrucks kaum gegeben wird ⇒ verstärkte Segregation: Gewinner/Verlierer besonders in

der Schule; b) Gewinner setzen ihre Spielregeln durch und legen fest, welche Kultur eine legitime ist und welche nicht („Leitkultur-Debatte“);

- ⇒ und 2. Gefahr der Verallgemeinerung grundlegender kultureller Unterschiede mit einer Bewertung: höhere und niedere Kultur ⇒ damit wird der angedeuteten Gefahr des Ethnozentrismus nicht wirksam entgangen (das macht die Studie zwar nicht, aber wenn Begriff „Hochkultur“ unhinterfragt übernommen wird, besteht zumindest diese Gefahr)
- Dazu gehören auch solche und ähnliche Formulierungen (in der Studie bzw. in dem begleitenden Aufsatz): Zentren werden von bestimmten „ethnischen“ (nicht-deutschen) Gruppen“ besucht (gemeint sind insbesondere: von Türken); dies weist auf eine verengte Auffassung von „Ethnie“, „Kultur“ und „Nationalität“ hin, nach der Ethnie offenbar als eine Menschengruppe mit einer kulturellen, sozialen, historischen und genetischen „Einheit“ gewertet wird und außerdem mit „Nationalität“ verwechselt wird („die“ Türkei und die sozial hochkomplex zusammengesetzten Migrantengenerationen in Deutschland sind mehr als nur Angehörige rückständige anatolische Hirtenvölker bzw. „Herdengesellschaften“ (S. 86) ⇒ vgl. Untersuchung von Margret Spohr („Türkische Männer in Deutschland“) über die erste Einwanderergeneration;
- um diese Fallstricke zu vermeiden wird in der Migrationsforschung inzwischen der Ausdruck „ethnische Herkunft“ als höchst problematisch kritisiert und abgelehnt; er öffnet Projektionen und ethnozentristischen Vorurteilen Tür und Tor; er vernachlässigt die Prozesse von Ethnisierungen (Fremd- und selbst-Ethnisierungen) und kommt an deren Ursachen nicht wirklich heran (Hinweis: Spindler/Tekin: „Wie man zum Türken wird“);

Schluss:

vor dem Hintergrund der hier angedeuteten Gründe kann ich von einer Umsetzung des hier zur Diskussion stehenden Hauptvorschlags nur dringend abraten; d.h. nicht, darauf zu verzichten, weiter intensiv und ergebnisorientiert darüber nachzudenken, wie eine Verbesserung **sowohl** der schulischen Betreuung (einschließlich der Diskussion über Ganztagschulen), **als auch** der außerschulischen Jugendarbeit erreicht und vielleicht sogar beide Bereiche stärker aufeinander bezogen werden können – aber eben nur unter strikter Einhaltung der notwendigen Trennung beider Bereiche. Wenn die vorliegende KFN-Studie mit ihren reichhaltigen Befunden und Ansatzpunkten als Anregung verstanden wird, unter Einhaltung dieser Prämisse über beide Bereiche nachzudenken, kommt ihr mit Sicherheit eine wichtige zukunftsweisende Funktion zu.



Polizeidirektion Hannover, Postfach 4709, 30047 Hannover

Landeshauptstadt Hannover
Jugend- und Sozialdezernat
z.Hd. Frau Teschner - per Email -
Trammplatz 2

30159 Hannover

Bearbeitet von Monika Taut
praevention@pd-h.polizei.niedersachsen.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
11.1

Telefon (0511) 109 -
1111

Datum
31.08.2009

Anhörung zum Thema der KFN Studie „Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?“ am 24.08.2009
hier: Protokollbeitrag der Polizeidirektion Hannover

Bezug: Diesbezügliche Abstimmung in der Sitzung

Sehr geehrte Frau Teschner,

anliegend (ab Seite 2 dieses Schreibens) übersende ich Ihnen vereinbarungsgemäß den hiesigen Beitrag zum o.g. Thema für Ihr Sitzungsprotokoll.

Mit freundlichem Gruß
im Auftrage

- M. Taut -
Kriminalhauptkommissarin



Dienstgebäude
Waterloostraße 9
30169 Hannover
Paketanschrift
Hardenbergstraße 1
30169 Hannover

U-Bahn
 Waterloo
Linien 3, 7, 9
Bus
 Waterloooplatz
Linie 120

Telefon
0511 109-0
Telefax
Mo.-Fr. 7-15 Uhr
0511 109-1020
nach Dienstschluss
0511 109-1280

E-Mail
poststelle@pd-h.polizei.niedersachsen.de
Internet
www.polizei.niedersachsen.de/dst/pdhan/

Bankverbindung
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 020 944
IBAN: DE73 2505 0000 0106 0209 44
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Protokollbeitrag der Polizeidirektion Hannover

Allgemeines

Einleitend ist zu der seitens des KFN erstellten Studie, inwieweit Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt darstellen, darauf hinzuweisen, dass der Polizei grds. keine statistischen Daten/Auswertungen, die einen Zusammenhang zwischen Jugenddelinquenz und dem Aufenthalt im Jugendzentrum nachvollziehbar belegen (kein Auswertemodus) zur Verfügung stehen.

Die Polizei nutzt als Datenbasis für polizeiliche Auswertungen und Analysen die so genannte „Polizeiliche Kriminalstatistik“ (PKS) sowie die Straftaten - Eingangsstatistik. Etwaige Kriminalitätsbelastungen lassen sich auf Stadtteile, Straßenzüge, Hausnummern statistisch „herunterbrechen“, nicht jedoch auf die Tatörtlichkeit „Jugendzentrum“.

Auch wenn seitens der Polizeidirektion Hannover keine Aussage dahingehend möglich ist, inwieweit die jungen Menschen in Jugendzentren ihre Taten verabreden (...wenn wir es wüssten, würden wir entsprechend vorgehen), halten wir die Motivation und die Gelegenheit, sich zu delinquentem Verhalten zu verabreden umso größer, je mehr Langeweile, Frust, Perspektivlosigkeit hinzu kommen. Demzufolge lassen sich aus dieser Erkenntnis gewisse Anforderungen an die Jugendzentren hinsichtlich ihrer Ausstattung und ihres Angebots ableiten.

Kernaussagen aus Sicht der PD Hannover zu den Jugendzentren:

Die Polizeidirektion Hannover, insbesondere die Präventionsteams der Polizeiinspektionen mit ihren Beauftragten für Jugendsachen, ihren Beauftragten für Kriminalprävention sowie ihren JugendkontaktbeamtInnen arbeiten grds. sehr gut und eng mit den Jugendzentren in der LHH zusammen.

Auf dieser Zusammenarbeit basierend zeigt sich den vor Ort eingesetzten Polizeibeamtinnen und –beamten aktuell folgende Situation:

- Die Altersgruppe der Besucher liegt bei ca. 12 bis 13 Jahren, vielfach jedoch bei 14 bis 17 bzw. 18 Jahren. In einigen Jugendzentren halten sich z.T. auch Jungerwachsene (bis 27-jährige) auf; was letztendlich auch dem Aufgabenspektrum des Jugendamtes entspricht.
- Eine überproportional hohe Anzahl der Jugendzentrumsbesucher kommt aus problematischen Familiensituationen;
- Eine ebenfalls überproportional hohe Anzahl der Besucher verfügt über einen familiären Migrationshintergrund;
- Der Anteil deutscher Minderjähriger bzw. Jungerwachsener ist deutlich geringer;

- In den Jugendzentren halten sich zu einem Großteil auch die jungen Menschen auf, die bereits polizeilich bekannt geworden sind; u.a. auch die minderjährigen Intensivtäter;
- Vermehrt wird seitens der eingesetzten PolizeibeamtInnen berichtet, dass die Zahl der vor Ort in den Jugendzentren eingesetzten Mitarbeiter/Pädagogen reduziert worden ist; zum Teil ist nur noch 1 Mitarbeiterin/Mitarbeiter für die Besucher „zuständig“.
(Bsp: 1 Sozialpädagoge führt ein Bewerbertraining durch was macht der Rest der Zentrumsbesucher?)
- Neben der personellen Reduzierung im Bereich der Jugendzentrumsmitarbeiter wird darüber hinaus als problematisch angesehen, dass einige Jugendzentren in der Ferienzeit teilweise oder ganz geschlossen haben. So konnte in diesem Jahr z.B. ein Zusammenhang mit der Sommerferienschließung eines Jugendzentrums und der Häufung von Straftaten von bestimmten Jugendgruppen - die ursprünglich auch Jugendzentrumsbesucher sind - nachvollzogen werden. Nach Beginn des neuen Schuljahres gingen die Straftaten wieder zurück.
(Hinweis: Sicherlich hat zu dem Straftatenrückgang auch der erhöhte Kontrolldruck seitens der örtlich zuständigen Dienststelle beigetragen. Gleichwohl dürften „Langeweile“ und „Rumhängen“ in der Clique ein Ursachenfaktor für die eigentliche Straftatenbegehung gewesen sein.

Folgen der Umsetzung des Vorschlages aus der KFN – Studie aus Sicht der PD Hannover:

- Grds. scheint die Idee aus der KFN Studie verlockend jedoch, bei Auflösung eines Jugendzentrums im Stadtteil steht die Zuweisung der „frei werdenden“ Sozialpädagogen nicht im Verhältnis zu den in einem Stadtteil angesiedelten Schulen. Es würde also lediglich eine (bzw. max. 2) Schulen profitieren.
- Die Bezugsgruppe im Freizeitbereich wäre auf die Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule begrenzt – das Jugendzentrum in einem Stadtteil bezieht junge Menschen über Schulgrenzen hinaus mit ein.
- Die Forderung, mehr „Durchmischung an Schulen“ wäre - im Interesse gleicher Chance / keine Abhängigkeit vom sozialen Status - sehr wünschenswert. Dies sollte jedoch unabhängig des Bestehens von Jugendzentren erfolgen
- Jugendzentren leisten bei allen engen personellen Ressourcen immer noch einen wichtigen Beitrag als „Anlaufstelle“ für jungen Menschen. Vielfach entsteht eine Vertrauensbasis zu den verantwortlichen Pädagogen des Jugendzentrums , so dass sich die jungen Menschen sowohl zu familiären als auch zu schulischen Problemen öffnen und diese mitteilen. Beratung und Begleitung des jungen Menschen i.R. der Problemlösung wird möglich.
Bei einem ausschließlichen Bezug in den Bereich „Schule“ bleiben die jungen Menschen unberücksichtigt, die z.B. Probleme in/mit der Schule haben.

Auch wird jemand der z.B. die Schule schwänzt, sich dort nicht nachmittags in ein Freizeitangebot begeben. Es erhöht sich demzufolge das Risiko, dass er/sie anderswo „abhängt“ und den sozialen Strukturen noch mehr entgleitet.

Fazit

Im Ergebnis spricht sich die Polizeidirektion für die Beibehaltung von Jugendzentren aus. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in Bezug auf die Zielgruppe. Allerdings ist aus hiesiger Sicht entscheidend, dass das Angebot und die Anzahl der vor Ort eingesetzten Pädagogen der Besucherzahl sowie der Altersgruppe entsprechend angemessen ist.

Des Weiteren sollte es ein erklärtes Ziel sein, die Attraktivität der Jugendzentren über die jetzige Klientel hinaus zu steigern. Jugendzentren sollten Treffpunkt für junge Menschen unabhängig einer bestimmten Schulform oder einer bestimmten sozialen Gesellschaftsschicht werden. Das Stigma „...dort gehen ja nur Ausländer und Jugendliche aus Problemfamilien hin...“ muss durchbrochen werden.

Monika Taut
Kriminalhauptkommissarin
Polizeidirektion Hannover
Dezernat 11 / Jugenddelinquenz und Prävention

Anhörung am 24.08.2009 im Rathaus, Jugendhilfeausschuss zur KFN Studie „Sind Jugendzentren verstärkende Faktoren der Jugendgewalt?“

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Verein ist seit 1986 Träger von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in Linden. Dies sind der Jugendtreff Elisenstraße in Linden-Nord und der Jugendtreff Allerweg in Linden-Süd.

Der Verein hat zwei Vollzeitstellen, also je eine für die jeweiligen Jugendtreffs, die zurzeit von 3 SozialpädagogInnen in Teilzeit besetzt sind.

Wir erhalten eine Zuwendung durch den Fachbereich Jugend und Familie, diese umfasst sowohl Personal -und Sachkosten und die mietfreie Nutzung der Räumlichkeiten. Die weitere Finanzierung der Arbeit erfolgt durch Projektgelder, Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Unsere Jugendtreffs sind an 4 Tagen in der Woche insgesamt 20 Stunden im Offenen Tür Bereich für Jugendliche geöffnet. Zwischen 30 und 40 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 Jahren kommen zu den Öffnungszeiten.

Fast alle befinden sich in schwierigen Lebenslagen. Pubertät, Familienverhältnisse, Schule, kultureller Hintergrund und die allgemeine Orientierungslosigkeit und Identitätssuche bestimmen ihr Verhalten und Auftraten.

Einige sind laut, provozierend, pöbelnd, aggressiv, selbstdarstellerisch und unkommunikativ, einige von ihnen sind gewaltbereit und haben Erfahrungen mit Polizei und Justiz, einige kommen aus stabilen Verhältnissen, sind sozial kompetent und zielorientiert. Es sind Mädchen und Jungen aus der direkten Wohnumgebung der Treffs. Die meisten sind Deutsche mit Migrationshintergrund.

Was bieten wir an?

Wir bieten freundliche, offene Räume, sauber, ordentlich und schön gestaltet. Räume, die sich die Jugendlichen aneignen können, die ihnen zur Verfügung stehen. Die grundlegende Annahme der MitarbeiterInnen ist erstmal: Entscheidend ist nicht was Du mitbringst, entscheidend ist, wie du dich verhältst. Du bist für dein Verhalten verantwortlich.

Was erwartet die Jugendlichen?

Die Jugendlichen erwartet ein Regelwerk, das den Umgang miteinander und den Räumen und Inventar regelt, das auf gegenseitigem Respekt und der Beachtung der eigenen Grenzen und der anderen fußt. Gemeinsam entwickelt und immer wieder neu ausgehandelt.

Sexistische Äußerungen, verbale Entgleisungen, zerstörerisches und gewalttätiges Verhalten werden genau so sanktioniert, wie Drogenkonsum, das Mitbringen von Waffen und körperliche Übergriffe.

Es erwarten sie MitarbeiterInnen, die sie als Menschen mit Schwächen und Stärken, mit Kompetenzen und Defiziten wahrnehmen.

MitarbeiterInnen, die in die Konfrontation mit ihnen gehen. Die ihnen Grenzen aufzeigen und verhandlungsbereit sind.

All dies wissen die meisten der Jugendlichen, wenn sie zu uns kommen und trotzdem oder gerade deshalb, kommen sie freiwillig.

Diese Freiwilligkeit ist es dann auch, die es möglich macht, aufgrund der Kontakte und Beziehungen, die im Offenen Bereich entstehen, Orientierungshilfe und Unterstützungssysteme anzubieten.

Ausgehend von der Lebenssituation, von dem was sie bewegt, was sie problematisieren, was sie mitteilen, entwickeln wir gemeinsam Alternativen und Angebote, die es ihnen ermöglichen sollen, ihre Chancen zu erweitern, ihre Lebenssituation zu reflektieren und selbst bestimmt Veränderungen einzuleiten.

Mittagstisch für Jugendliche in Linden-Süd
Berufsorientierung und Bewerbungstraining in Zusammenarbeit mit Pro Beruf und dem Fachbereich Soziales
außerschulische Bildungsprojekte wie „Lernlotsen“ und „Bildung schafft Zukunft“ – Förderung von jugendlichen SchulabgängerInnen, Schulbegleitung und gezielte Prüfungsvorbereitung auf die zentralen Hauptschul- bzw. Realschulprüfungen.

Interkulturelle Medienprojekte wie der Film „Zwischen den Welten“ – von und mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Gewaltpräventionsprojekte wie
Sozialtraining und Streitschlichterausbildung in Kooperation mit Schulen und Jugendeinrichtungen.
„Fit und Fair in Linden“ – ein Sportprojekt in Kooperation mit unterschiedlichen Kinder- und Jugendeinrichtungen und Sportvereinen.
Antiaggressionstraining zum Beispiel Boxen, Mädchenspezifische Projekte und Angebote in den verschiedensten Bereichen Kunst, Sport, Bildung.

sind nur einige Angebote, die unsere Offene Tür flankieren.

Die MitarbeiterInnen sind eingebunden in ein umfassendes Netzwerk, es gibt Kooperationspartnerschaften mit Schulen, Migrantenselbsthilfeorganisationen und stadtteilbezogene Gremien.

Unsere Jugendtreffs sind wichtige Treffpunkte und Anlaufstellen außerhalb der Schule. Sie vermitteln Identität, unterstützen und reglementieren und sie sind freiwillige Lernorte.

Das heißt mit anderen Worten:

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein eigenständiges Feld der sozialen Arbeit und muss auch als solchen erhalten bleiben.

Jugendzentren und Jugendtreffs sind wichtige Lernorte außerhalb der Schule, freiwillig und selbst bestimmt und somit effektiv.

Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen sind Anlaufstellen und Treffpunkte besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, und das ist auch gut so.

Offene Kinder- und Jugendarbeit umfasst ein großes Angebotsspektrum, das eine Zielgruppe erreicht, die von Schulen oftmals nicht mehr erreicht wird.

Zielgruppe der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind Mädchen und Jugend. Und hier hält die offene Kinder- und Jugendarbeit Angebote vor, die Gendergerechtigkeit und spezifische Situation von Mädchen und Jugend immer im Blick haben.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist gewaltpräventiv.
Sie fördert und vermittelt soziale Kompetenzen, übt und erprobt Konfliktlösungsstrategien in den direkten Beziehungen.
Beziehungen sind freiwillig und selbst bestimmt.

Die Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind keine Inseln der Glücklosen und Gestrandeten: Sie sind keine Orte, an denen gelangweilte und resignierte SozialpädagogInnen kaffeetrinkend und Zeitunglesend an der Theke sitzen. Dazu ist der Personalschlüssel in den Einrichtungen viel zu „dünn“. Kinder- und Jugendeinrichtungen sind eingebunden in ein umfassendes Netzwerk, sind eingebunden in den Sozialraum und kooperieren mit unterschiedlichen Einrichtungen zum Beispiel mit Schulen, um Angebote und Unterstützungssysteme zu optimieren.

Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist niedrighschwellig und kleinschichtig. Erfolg ist kaum messbar, aber spürbar.

Sicher ist aber auch:

Die offene Kinder- und Jugendarbeit kann keine gesellschaftlichen Probleme lösen, dieser Anspruch wäre vermessen.

Sie kann und wird auch nicht alle Kinder- und Jugendliche erreichen.

Und sie wird auch immer Anlaufstelle für sozial benachteiligte Kinder- und Jugendliche sein.

und ich möchte noch einmal betonen:

natürlich muss offene Kinder- und Jugendarbeit immer wieder überprüfen, reflektieren und sich verändern, muss gesellschaftliche Entwicklungen analysieren und konzeptionell umsetzen.

Eine schrittweise Auflösung und Integration in ein Schulsystem würde unseres Erachtens eine Lücke auf tun, deren Auswirkungen für den Sozialraum gravierend wären.

Vielen Dank

Kritische Anmerkungen zur KFN Studie zum Thema „Jugendgewalt“ und der These das „Jugendzentren als eigenständige Verstärkungsfaktoren von Jugendgewalt wirken“ (Zitat)

Auszüge davon auf Einladung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Hannover auf seiner Sitzung am 24. August 2009 vorgetragen:

Autor: Jörg Wehrauch, Sozialarbeiter, päd. Mitarbeiter des Jugendverbandes SJD-Die Falken, Hannover, in dieser Funktion u.a. auch tätig im Jugendzentrum Lister Turm im Rahmen der offenen Jugendarbeit

1. EMPIRISCH FRAGWÜRDIGES ERHEBUNGSVERFAHREN:

Es dürfte umstritten sein, ob die Aussagen von Jugendlichen per Fragebögen als empirische Grundlage ausreichen, um derartige Schlüsse zu ziehen, wie sie die KFN Studie gezogen hat. Wer mit Jugendlichen arbeitet, die Herr Pfeiffer als „kriminelle“ Problemgruppe ins Visier nimmt („sozial benachteiligte Jugendliche männlichen Geschlechts mit Migrationshintergrund“) weiß, das diese Jungs im Rahmen von Selbststilisierungen gern mit Figuren aus der Machokultur spielen, zu denen auch Bilder harter Männlichkeit und manchmal auch krimineller Stereotypen gehören – daraus aber stringent abzuleiten, das diese Männlichkeitsphantasien gleichzusetzen sind mit realem Verhalten, ist aus meiner Sicht fragwürdig. Als Praktiker scheint es uns eher so, das hier vielleicht Wissenschaftler mit mittelschichtsgeprägten Werthaltungen, die in ihrem Alltag wenig bis gar kein Kontakt zu diesem Klientel haben, ein wenig von den Jungs an der Nase herum geführt wurden. Nach dem Motto: Du willst hören, was für harte und kriminelle Ghettokids wir sind – ok, dann bekommst du die entsprechende Antwort.

2 . STUDIE IGNORIERT ARBEITSAUFTRAG VON OFFENER JUGENDARBEIT

Das sich in manchen Jugendzentren Jungen aus benachteiligten Milieus aufhalten, das ihr Umgang manchmal rabiater ist als der von Mittelschichtskindern und das Gewalt, Delikte, Schulverweigerung und andere Abweichungen zur Alltagskultur dieser Gruppen gehören, weiß Jugendarbeit schon lange. Das sich daraus aber auch einer ihrer Arbeitsaufträge ableitet, nämlich mit ihren **Angeboten einerseits präventiv zu wirken** und andererseits, wenn das „Kind“ schon in den Brunnen gefallen ist, **auch sozialintegrativ zu wirken**, verschweigt Herr Pfeiffer.

Leider macht dies aber auch ein Dilemma von offener Jugendarbeit in der öffentlichen Wahrnehmung aus: einerseits ruft die Öffentlichkeit sofort nach Angeboten der Jugendarbeit, wenn irgendwo Jugendliche abweichendes Verhalten praktizieren, andererseits macht man uns Vorwürfe, das es uns nicht immer gelingt, im offenen Bereich in den Jugendhäusern auch die soziale und ethnische Zusammensetzung des jeweiligen Stadtteils widerzuspiegeln.

3. KOSTEN-NUTZEN VERHÄLTNIS VON OFFENER JUGENDARBEIT

Wir leben in einer Gesellschaft, in denen immer auch nach dem Verhältnis von Kosten und Nutzen gefragt wird.

Vor ein paar Jahren wurde mal auf einer Fortbildungsveranstaltung von einem Wissenschaftler eine ganz einfache und platte Rechnung aufgemacht: ein Jahr Knast oder stationäre Unterbringung in einem Heim kostet pro Jugendlichen für ein Jahr mindestens 100.000 Euro, die Kosten für die meisten Einrichtungen der Jugendarbeit in Hannover mit 2 Mitarbeiter liegen meist darunter, für die kleinen Jugendtreffs betragen sie nicht mal die Hälfte. Wenn es offener Jugendarbeit gelingt, durch ihre Angebote mindestens einen Jugendlichen von einer kriminellen Karriere abzuhalten, haben sie diese Kosten eingespielt. Diesen Nachweis können die engagierten Kollegen und Kolleginnen in den Einrichtungen allemal erbringen.

4. SCHULE KANN JUGENDARBEIT NICHT ERSETZEN

Die Schlussfolgerungen des KFN, die Jugendzentren zu schließen, das dortige Personal in die Schulen zu stecken und dort die Angebote bis in die Abendstunden auszudehnen, ist pädagogisch unsinnig, geht an den Interessen der Jugendlichen vorbei und ignoriert völlig den unterschiedlichen Bildungsauftrag von Schule und außerschulischer Jugendarbeit, wie er auch gesetzlich im Kinder -und Jugendhilfegesetz verankert ist (§11 KJHG).

Wollen wir alles Ernstes, dass unsere Kinder 11 bis 12 Stunden an dem Ort Schule verbringen, dort nur noch zu Lehrern als erwachsene Ansprechpartner Kontakt haben und mit denen ihre altersbedingten Konflikte austragen?

BEGEGNUNG MIT ERWACHSENEN AUF AUGENHÖHE KANN SCHULE NICHT LEISTEN

Ist es für viele Kinder und Jugendliche nicht vielmehr auch eine Bereicherung, außerschulische Bildungsangebote und Kommunikationsorte kennen zu lernen, die nach anderen Regeln funktionieren und in denen andere Spielregeln herrschen als in der Schule. Dort auf Erwachsenen zu treffen, die mit wenig bis gar keiner Macht ausgestattet sind und den Jugendlichen eher auf Augenhöhe begegnen – denn das unterscheidet Jugendarbeiter oder z.B. ehrenamtlich tätige Übungsleiter im Sport oder aus der Jugendverbandsarbeit eben von Lehrern: Sie verteilen keine Noten und entscheiden damit nicht existenziell über Zukunftschancen. Konflikte müssen an diesen Klernorten eher diskursiv ausgehandelt werden.

AUS FÜR JUGENDVERBANDSARBEIT

Den Vorschlag von Herrn Pfeiffer zu Ende gedacht, bedeutet das das Aus für sämtliche außerschulischen Angebote, die zur Zeit von Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen erbracht werden. Dazu gehört die Jugendfeuerwehr ebenso wie die Sportvereine, kirchliche und weltanschaulich geprägte Jugendgruppen oder die vielen informellen und selbstorganisierten Jugendzusammenschlüsse jenseits von Verbandsstrukturen, denen z.B auch die Jugendzentren immer wieder Räumlichkeiten oder andere Formen der Unterstützung zur Verfügung stellt.

Denn wenn man bis 18 oder 19 Uhr in der Schule sein muss, kann man weder als Teilnehmer entsprechende außerschulische Jugendangebote wahrnehmen noch kann man als Jugendgruppenleiter entsprechende Gruppen betreuen.

JUGENDARBEIT UNTERSTÜTZT SELBSTBILDUNGSPROZESSE

Nun lernen viele Jugendliche und junge Erwachsene in diesen außerschulischen Angeboten aber, die sie oft in einer Doppelrolle zwischen Teilnehmer oder Konsument von Angeboten einerseits und Macher und Gestalter andererseits nutzen, gerade die Kompetenzen und Fähigkeiten, die auch von Herrn Pfeiffer als großer Verfechter des so genannten bürgerschaftlichen Engagements (oder der ehrenamtliche Arbeit wie man früher sagte) so vehement hochgehalten werden und die für dieses Engagement unverzichtbar sind.

§11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes legt die Ziele und Inhalte von Jugendarbeit fest. Dort wird von Jugendarbeit verlangt, dass sie an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtet sein soll, dass Jugendlichen Mitgestaltungs- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden müssen und dass sie zur Selbstbestimmung zur gesellschaftlicher Mitverantwortung, demokratischen Werthaltungen und sozialem Engagement befähigen soll.

SCHULE IST TEIL DER PROBLEME; DIE VON DER STUDIE BEKLAGT WERDEN

Jeder weiß, dass die Schule in Deutschland in erster Linie ihren Auftrag zur Vermittlung von berufsbezogenem Wissen hat und dass die Strukturen der Schule mit ihrem Notensystem nur bedingt in der Lage ist, diese für Jugendarbeit genannten Ziele umzusetzen. Wir wissen auch nicht erst seit PISA, dass die Schule mit ihrem System der Auslese für ein Teil der Probleme mitverantwortlich ist, die das von Pfeiffer in den Focus genommene Klientel hat und in manchmal problematischen Äußerungsformen eben auch manchmal macht.

Jetzt die Bereiche wegzurasieren, die versuchen, diesen Bildungsauftrag neben der Schule umzusetzen, macht überhaupt gar keinen Sinn.

Wer sich mal in Sportvereinen, anderen Jugendverbänden oder auch Jugendzentren umschaute, wird dort mittlerweile auf viele der von Herrn Pfeiffer ins Visier genommene Jugendliche treffen, die sich dort als Jugendbetreuer, Schiedsrichter oder Organisator von Hip-hop Gruppen, Rapveranstaltungen oder anderen informellen Gruppen engagieren.

So hat der 12. Jugendbericht der Bundesregierung massiv kritisiert, dass der bisherige Bildungsbegriff Bildung zu eng auf schulisches Lernen reduziert und andere Lernziele für Kinder und Jugendliche häufig ausklammert wie

- Unterstützung von Jugendlichen Autonomiewünschen
- Bewusstmachung eigener Interessen und Bedürfnisse
- Erleben von Gruppenprozessen und das Nachdenken darüber
- Sinnvolle Gestaltung der Zeit
- Kultivierung von Gemeinschaftserleben
- Selbstbildungsprozesse anstoßen, anregen oder unterstützen nach dem Motto: „Ausbilden können uns andere, bilden können wir uns nur selbst“
- u.v.m.

Hier hat die außerschulische Jugendarbeit, zu denen als bedeutender Bestandteil eben auch die offene Jugendarbeit gehört, sicher gegenüber dem System Schule ihre Kompetenzvorteile.

Warum holen sich die Schulen den immer wieder vehement Angebote der außerschulischen und der offenen Jugendarbeit ins Haus?

Zum einen doch wohl, weil sie nicht über das pädagogische KnowHow für derartige Angebote verfügen. Es gibt nun mal einfach didaktische Unterschiede zwischen der Schulpädagogik und der Sozialpädagogik. Kein Jugendarbeiter würde sich anmaßen, die Arbeit von Lehrer zu übernehmen, kein seriöser Lehrer würde wohl glauben, eine Jugendeinrichtungen mit seinen schulpädagogischen Fähigkeiten leiten zu können

Zum anderen wohl auch, weil Jugendarbeit mit ihrem Know How eben auch spannende Angebote entwickelt.

Es gibt eben unterschiedliche Rationalitäten und Systemlogiken von Schule und Jugendarbeit.

Schule ist eben nicht für non-formale Bildung zuständig und kann dies auch gar nicht (warum holt sich denn sonst Schule immer wieder Jugendarbeit ins Haus??) sondern sollte sich auf die formale Bildung konzentrieren. Ebenso wenig ist es Aufgabe von Jugendarbeit, die „bessere Schule“ zu machen.

Oder anders ausgedrückt: wenn Jugendpfleger Matheunterricht erteilen müssten oder Studienräte Sommerzeltlager oder ein HipHop Konzert organisieren müssten, würden beide wahrscheinlich eine mehr als unglückliche Figur abgeben.

Ein weiterer Aspekt: Der bekannte Pädagoge Hartmut von Hentig hat mal betont, das die Pubertät zu jener Lebensphase gehört, in denen schulischen Lernen bei vielen Menschen oft nicht anschlägt und hat der Schule vorgeworfen, das sie dieser sozialen Tatsache einfach ignoriert. Hier ist Jugendarbeit doch wesentlich dichter dran an den pubertären Nöten und Sorgen von Kindern und Jugendlichen.

Aber nicht alles sollte unter dem Aspekt von Bildung subsumiert werden: Zu den Aufgaben von offener Jugendarbeit gehören natürlich auch Aspekte von Beratung, Betreuung, Beziehungsarbeit und das zur Verfügungstellen von nicht zweckgerichteten Treffpunkten mit Gleichaltrigen. Alles eben auch Stärken von offener Jugendarbeit

5. EINSEITIGE FOCUSSIERUNG AUF DIE ANGEBOTSFORM „OFFENER BEREICH“ – IGNORANZ GEGENÜBER ANDERE ANGEBOTSFORMEN DER OJA

Wie Herr Pfeiffer von der offenen Jugendarbeit spricht, verrät, dass er möglicherweise als „Fachfremder“ nur einen sehr begrenzten Kenntnisstand von der Arbeitsweise offener Jugendarbeit hat, der die vielfältigen Arbeits- und Angebotsformen hat, die sich dort mittlerweile etabliert haben, nur unzureichend zur Kenntnis nehmen kann.

Sein Focus richtet sich ausschließlich auf die sehr niederschwellige Angebotsform der so genannten offenen Tür mit ihren unverbindlichen Komm-und Gehstrukturen. Diese Angebotsform wurde etabliert, um überhaupt erstmal Kontakt zu Jugendlichen zu bekommen, denn im Gegensatz zu Schule geschieht der Besuch von außerschulischen Angeboten freiwillig. In der Tat konzentriert sich in dieser Angebotsform in einigen Stadtteilen ein Teil des problematischen Klientels, von dem Herr Pfeiffer spricht.

Aber erst einmal ist dies regional sehr verschieden, die Besucherstruktur einer Jugendeinrichtung spiegelt auch immer ein wenig die soziale Zusammensetzung eines Stadtteils wieder. Das Besucherklientel in einem Jugendtreff in Isernhagen oder auch im hannoverschen Stadtteil Marienwerder ist sicher ein ganz anderes als das in einem Jugendzentrum, das den Sahlkamp oder Vahrenheide bedient. Hier alles in einem Topf zu werfen und zu behaupten, alle Jugendzentren würden von der gleichen Besucherstruktur besucht ist, ist doch ein wenig fragwürdig.

UNTERSCHIEDLICHE ANGEBOTSFORMEN IN DER JUGENDARBEIT ERREICHEN UNTERSCHIEDLICHES KLIENTEL – SOZIALE DURCHMISCHUNG FINDET STATT

Zum anderen hält moderne Jugendarbeit heute eine Vielzahl von unterschiedlichen Angebotsformen bereit, die aufgrund ihrer Vielfalt auch ganz unterschiedliche Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus, Szenen oder sozialer Herkunft erreichen und damit sehr wohl den Anspruch einer sozialen Durchmischung erreicht, die Herr Pfeiffer der offenen Jugendarbeit abspricht.

Dazu gehören Kooperationen mit Schulen ebenso wie stadtteilweite Projekte mit Kultureinrichtungen, Sportvereinen, Nachbarschaftsinitiativen oder stadtweite Angebote wie den Mitternachtssport, den Hochseilgarten in der Eilenriede oder das Kampf-Kunst und HipHop Angebot des Jugendzentrums Döhren – alles über Hannover hinaus Projekte, die ausschließlich von der Jugendarbeit entwickelt und organisatorisch umgesetzt werden. Die offene Jugendarbeit nur auf die Offene Tür zu reduzieren verrät, dass Herr Pfeiffer wenig Ahnung hat, was dort angeboten wird.

Darüber hinaus ist unumstritten, dass Einrichtungen offener Jugendarbeit mit ihren Angeboten eher bildungsferne Zielgruppen ansprechen, die von anderen Bildungsinstanzen nicht oder nicht ausreichend erreicht werden.

6. JUGENDARBEIT WIRKT GEWALTPRÄVENTIV - BEISPIEL MITTERNACHTSSPORT:

Gerade am Beispiel Mitternachtssport, wo monatlich über 1000 männliche Jugendliche, überwiegend aus dem von Pfeiffer beobachteten Milieu friedlich Sport treiben und wo engagierte Mitarbeiter aus der Jugendarbeit oft bis nachts um 4 in den Sporthallen stehen, lässt sich allerdings auch nachweisen, dass es einen signifikanten Zusammenhang von jugendarbeiterischen Angeboten und Jugendkriminalität gibt. Allerdings nicht im Pfeifferschen Sinne, denn selbst die Polizei Hannover hat konzediert, dass es einen signifikanten Rückgang von jugendspezifischen Delikten in den Stadtteilen gibt, in denen am Samstag die Sporthallen für den Mitternachtssport geöffnet sind. Dass dies Herr Pfeiffer als Kriminologe völlig ignoriert, verblüfft doch ein wenig

7. ES GIBT AUCH ANDERE GESELLSCHAFTSLICHE ORTE, WO JUGENDLICHE AUFFÄLLIG WERDEN – NIEMAND FORDERT ABER IHRE ABSCHAFFIUNG

Es gibt auch andere gesellschaftliche Orte, wo Jugendliche durch problematische Verhaltensweisen auffallen. Schule gehört da ebenfalls zu, da braucht man nur einmal die wöchentlichen Zeitungsberichte zu sammeln, in denen darüber berichtet wird, wo einzelne Schüler andere Schüler brutal gemobt, erpresst, erniedrigt, gedemütigt oder geschlagen haben – von den Amokläufen in deutschen Schulen ganz zu schweigen.

Oder nehmen wir die Ausschreitungen auf Fußballplätzen, wo wöchentlich junge Machos sich Straßenschlachten mit der Polizei oder gegnerischen Fangruppen liefern. Niemand plädiert in diesen Zusammenhängen für die Abschaffung der Schulen oder des Fußballs.

8. JUGENDARBEIT HAT IN DEN LETZTEN JAHREN ERHEBLICHE EINSPARUNGEN UND EINSCHRÄNKUNGE HINNEHMEN MÜSSEN

Warum Herr Pfeiffer auf die Jugendarbeit einprügelt, ist uns ein Rätsel. Es ist doch bekannt, dass die Jugendarbeit in den letzten Jahren erheblich Federn hat lassen müssen im Rahmen der zahlreichen Haushaltskonsolidierungen – nicht nur in Hannover sondern bundesweit. Vor 3 Jahren waren in den städtischen Jugendzentren noch 3 Mitarbeiter beschäftigt – mittlerweile ist die Zahl auf 2 Kollegen geschrumpft, in der Regel bei gleich bleibenden Öffnungszeiten und teilweise sogar noch aus ausgebautem Programmangeboten. In den kleinen Jugendtreffs, von denen es in Hannover immerhin 21 gibt, arbeiten meistens nur Mitarbeiter auf halben Stellen – das reicht gerade mal aus, um 3 bis 4 Tage die Woche für ein paar Stunden aufzumachen – für Projekte und andere Angebote bleibt da wenig Zeit. Dass die Mitarbeiter es dennoch immer wieder schaffen, interessante Angebote zu entwickeln, die Jugendliche ansprechen und in der Öffentlichkeit auf positive Zustimmung stoßen verdient Respekt und Anerkennung – aber keinen Zynismus, wie er von Herrn Pfeiffer gepredigt wird.

9. FAZIT UND ALTERNATIVEN:

Herr Pfeiffers Schlussfolgerung, die Jugendzentren zu schließen, das dortige Personal in die Schulen zu stecken und dort die Angebote bis in die Abendstunden auszudehnen, ist pädagogisch unsinnig, geht an den Interessen der Jugendlichen vorbei und ignoriert völlig den unterschiedlichen Bildungsauftrag von Schule und außerschulischer Jugendarbeit, wie er auch gesetzlich im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert ist (§11 KJHG).

Ebenso macht es aber oft keinen Sinn, wenn schulische und außerschulische Angebote im Nachmittagsbereich sich gegenseitig Konkurrenz machen.

WAS WÄRE DAHER DIE ALTERNATIVE ZU DEN THESEN DES KF?

Für die Kinder und Jugendlichen braucht es Verbindungslinien zwischen den Bildungsorten und Lernwelten. Für diese Brücken zwischen den Systemwelten sind personelle und strukturelle Verknüpfungen und punktuelle Verschränkungen in Kooperationsangeboten sicher notwendig.

Hier passiert im Moment einiges, das aber kaum an die Öffentlichkeit dringt. Ein erster Schritt wäre sicher eine Dokumentation über bereits bestehenden Kooperationsformen zwischen Jugendarbeit und Schule – die Öffentlichkeit würde sicher staunend zur Kenntnis nehmen, was es da alles bereits gibt. Ob hier eine Koordinierungsstelle weiterhelfen würde, sollte man zumindest einmal prüfen, ebenso die Frage, ob kommunale Rahmenrichtlinien und einheitliche Qualitätsstandards, wie sie andere Kommunen praktizieren, auch für Hannover ein gangbarer Weg wären. Möglicherweise helfen hier auch die neuen Bildungskoordinatoren weiter, die Anfang dieses Jahres ihre Arbeit aufgenommen haben

Wir aber alle wissen: das bisher Geleistete reicht nicht aus und die Kooperationen müssen intensiviert werden.

In diesem Prozess der Kooperation sind die Stärken der offenen Jugendarbeit aber unverzichtbar:

- JA kann Erfahrungsräume zur Verfügung stellen, in denen auf starke pädagogische Vorgaben und Einflussnahmen verzichtet wird und in denen deshalb eigenverantwortliches Handeln unter Bedingungen erprobt werden kann, in denen Pädagogen Verantwortung dafür übernehmen, dass ein mögliches Scheitern keine oder nur wenig negative Folgen hat
- JA verzichtet auf starre thematische Vorgaben und definierte Lernziele sowie starre formale Rahmen
- In der JA lernen Jugendliche mit Gleichaltrigen und Gleichberechtigten eigenverantwortlich zu kommunizieren und zu kooperieren – Regeln müssen ausgehandelt werden, Kompromisse geschlossen und Konflikte geführt werden. JA stellt somit einen Rahmen dar, in denen Selbstsozialisation und Selbstbildung stattfindet
- JA bietet potenziell Möglichkeiten der Begegnung und Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und biografischen Hintergründen, religiösen und politischen Orientierungen sowie zwischen jüngeren und älteren Heranwachsenden und zwischen Mädchen und Jungen.

Eine Abschaffung der offenen Jugendarbeit macht daher wenig Sinn.

Hannover, August/November 2009

Die Stellungnahme des Stadtjugendrings Hannover e. V.

Anhörung zum Thema der KFN-Studie „Sind Freizeitzentren eigenständige Verstärkungsfaktoren der Jugendgewalt?“

Montag, 24.08.2009, 14:00 Uhr, Rathaus Hannover, Hodlersaal

Der Stadtjugendring Hannover (SJR) mit seinen 26 Mitgliedsverbänden betreibt in Hannover 47 Einrichtungen offener Jugendarbeit – nicht alle Jugendzentren und auch nicht alle mit kommunalen Mitteln gefördert. Und auch bei den geförderten Einrichtungen wird die unter fachlichen Gesichtspunkten erforderliche Mittelzuweisung regelmäßig unterschritten. Diese Ausgestaltung erfordert seitens der Träger eine Begrenzung ihrer Wirkungsmöglichkeiten.

Das hinterlegte Werte- und Normensystem unterliegt dabei keiner Beliebigkeit, erweist sich aber durchaus als breiter gefächert, als dies in einer auf einen Träger reduzierten Variante vermittelbar wäre. Es ist ein stabiles System aus den freien und dem öffentlichen Träger von Jugendarbeit entstanden.

Das in diesen Einrichtungen hinterlegte „**Programm**“ ist nicht die Normierung durch die Einrichtung oder ihren Träger, sondern die Eigeninitiative und der Dialog seiner Nutzerinnen und Nutzer. Diese Arbeit holt die Jugendlichen dort ab, wo sie stehen, anstelle sie dorthin zu zwingen, wo Ihnen vermeintlich Gutes widerfährt.

Dies geschieht mit dem erklärten Willen, zur Stärkung des Selbstbewusstseins – oftmals eines Selbstwertgefühls überhaupt – beizutragen. Es geht um ein Bewusstwerden der eigenen Persönlichkeit und für viele Jugendliche um ein Wahrnehmen des jeweiligen sozialen Gefüges, in dem sie sich bewegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Wegweiser und in extremen Fällen auch Leitplanken.

Genau aus diesem Selbstverständnis heraus sind diese Einrichtungen Bildungsinstitutionen; und zwar Bildungsinstitutionen ersten Ranges mit einem einzigartigen Charakter. Denn es werden vor allem jene Soft Skills vermittelt, von denen in Gesprächen mit Personalleitungen und Wirtschaftslenkern viel zu hören ist. Neben diesen persönlichkeitsbildenden Ansätzen findet hier eine Vielzahl an ganz allgemein „**Bildendem**“ seinen Ort:

- Hausaufgabenhilfe
- Bewerbungstrainings
- Unterstützung im Übergang von Schule und Beruf
- Kunst- und Kulturprojekte
- Projekte zur Gesundheitsprävention

um nur ein paar zu nennen.

Im Übrigen alles Dinge, auf deren Vorhandensein sich die Bildungsinstitution Schule und die Gesellschaft blind verlassen.

Diese Themen der offenen Einrichtung eines Trägers sind vielfach eng verknüpft mit den Angeboten für die Mitglieder seiner Gruppen. Somit stellen die offenen Einrichtungen einen wichtigen Zugang in die gesellschaftliche Mitte dar, aus der sich nämlich die Mehrzahl der regelmäßigen Gruppenteilnehmer eines Jugendverbandes speist.

Wer in dieser Stadt erreicht eine vergleichbare Vielzahl an Jugendlichen? Wer deckt ein solches Spektrum unterschiedlicher sozialer Herkunft ab? Und wer leistet all dies, indem er sich auf die freiwillige Nutzung des Angebots verlässt?

Sicherlich für manche schwer zu ertragen ist eine geradezu quälend langsam erscheinende Wirkung von auf Beziehungstätigkeit basierender Arbeit. Letztlich sind jedoch auch Einrichtungen mit bei weitem höherem Verpflichtungscharakter die „schnellen Ergebnisse“

schuldig geblieben. Niemand ist jedoch auf Idee gekommen, die Schließung von Strafanstalten zu fordern, nur weil hier die Dichte an Delinquenz besonders hoch sein soll.

Besteht aber andererseits überhaupt eine Ahnung darüber, welche Lerneffekte entstehen, wenn Jugendliche aus der gesellschaftlichen Mitte im Verantwortungsbereich „ihres“ Jugendverbandes auf die häufig wenig in die Gesellschaft integrierten jugendlichen Nutzer und Nutzerinnen einer offenen Einrichtung treffen? Oder wenn eben jene Jugendlichen aus den offenen Einrichtungen im Rahmen einer vom Verband organisierten Freizeitmaßnahme an den Alltag einer festen Gruppe des Trägers herangeführt werden? Und dabei ist es egal, ob einem als Träger die Falken oder der CVJM vorschweben, der Jugendumweltverband oder der BdkJ. Es ist vielmehr das Prinzip der Arbeit, dass diese Wirkung entfaltet.

Dies alles geschieht zur Zeit unter dem Eindruck drastisch gekürzter Mittel für den Bereich der offenen Arbeit. Und im Moment zum Glück nur bedingt zu Lasten von Qualität, da es den freien Trägern noch gelingt, die fehlenden Mittel über verstärkten Einsatz Ehrenamtlicher und durch Mittel für eigentlich andere Aufgabenbereiche zu kompensieren. Wir befinden uns allerdings realistisch betrachtet an einem Punkt, an dem entschieden werden muss.

Im hohen Maße skeptisch ist allerdings ein Konzept zu betrachten, das in diesem Zusammenhang von Schule akzeptable Ergebnisse erwartet. Denn die Rahmenbedingungen geben dies bei weitem nicht her:

- Schule ist nicht in der Lage, halbwegs frei über Regeln und Gestaltung zu verhandeln
- Schule ist nicht offen für alternative Lösungswege
- Schule ist nicht kommunikativ, weil nicht dialogisch konzipiert
- Schule kann nicht in allen Fällen Selbstvertrauen stärken

Schule ist vielmehr normierend in einem engen Rahmen. Und dass Schule so ist, ist keine ausschließliche Kritik an ihr, denn Schule hat schlichtweg andere Aufgaben als Jugendarbeit.

Von der vorhandenen Trägervielfalt, die Ausgewogenheit im Angebot und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen garantiert, kann so nichts bleiben, denn Schulsozialarbeit arbeitet weisungsgebunden einzig im Hoheitsbereich von Schule.

Die Fixierung von Zeit und Ort im System Schule bietet auch keine Perspektive für die Ferienzeit und alle ansonsten außerhalb des Wirkungskreises von Schule liegenden Zeiten.

Das Potential einer Heerschar ehrenamtlicher, bestens qualifizierter Helferinnen und Helfer bliebe ungenutzt – ja: diese würden um die Möglichkeit einer eigenen, für unsere Gesellschaft im hohen Maße wertvollen Lernerfahrung gebracht.

Was im Übrigen nährt die Annahme, dass sich die Bildung von Peergroups an Schulen auf andere Weise vollzieht, als in Jugendeinrichtungen? Ist nicht vielmehr anzunehmen, dass sich auch im Klassenverband die jeweiligen gesellschaftlichen Herkünfte zusammenfinden?

Und über welche Klassenstufen denken die Macher und Macherinnen der KFN-Studie nach? Werden nicht bereits mit dem Ende der Grundschulzeit Aufteilungen nach Leistungsstand – und damit ja auch in den meisten Fällen nach sozialer Herkunft – vollzogen? Wird da also die flächendeckende Einführung der IGS gleich mit eingefordert?

Wo bleiben überhaupt diejenigen Nutzerinnen und Nutzer, deren Schulpflicht beendet ist?

Es werden weit mehr Fragen durch ein solches Konzept aufgeworfen, als an Problemlösungen erkennbar ist – und das auch noch vor dem Hintergrund, dass die Problembeschreibung der KFN-Studie selbst vielfach als unzulänglich, teilweise als abwegig beschrieben wird.

Da erscheinen die Problemfelder, die sich in der städtischen Konzeption zu Jugendarbeit und Schule finden, bei weitem als das „kleinere Übel“. Wenn es nämlich hierbei gelingt, die Jugendarbeit auf gleicher Augenhöhe mit Schule zu positionieren, kann es auch gelingen, die Qualitäten dieser beiden so unterschiedlichen Systeme zusammenzuführen. Und dies könnte erreicht werden, ohne das etablierte System von Jugendarbeit in freier und öffentlicher Trägerschaft nachhaltig zu beschädigen bzw. andererseits das System Schule erneut – nach dem bereits wenig erfolgreichen Ansinnen, das „Erziehungssystem Familie“ ersetzen zu müssen – mit Aufgaben zu überfrachten, für die der Schule weder Mittel noch Methoden in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Wir plädieren deshalb für eine angemessene Stärkung der dritten Sozialisationsinstanz: Neben der vielfach als nicht mehr existent gewählten Familie und einer Schule, deren Wirken wir als in vielen Fällen schwierig erleben, bietet sich der Bereich verbandlich und öffentlich getragener Jugendarbeit geradezu an. Denn außer der Kritik des Herrn Prof. Pfeifer an einer bestimmten Ausgestaltungsform dieser Arbeit und den allseits schwierigen Rahmenbedingungen, gibt es überwiegend positives zu vermelden!